

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Wilfried von Bredow  
Zusammensetzung und Ziele  
der Friedensbewegung in der  
Bundesrepublik Deutschland

Günther Schmid  
Zur Soziologie der  
Friedensbewegung und  
des Jugendprotestes

ISSN 0479-611 X

B 24/82  
19. Juni 1982

Wilfried Frhr. von Bredow, Dr. phil., geb. 1944, Professor für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität seit 1972; 1977—1978 Research Fellow am St. Antony's College, Oxford; Oktober—Dezember 1981 Gastprofessor am Institut d'Etudes Politiques der Université des Sciences Sociales Toulouse.

Veröffentlichungen u. a.: Der Primat militärischen Denkens, Köln 1969; Die unbewältigte Bundeswehr, Frankfurt 1972; Vom Antagonismus zur Konvergenz? Studien zum Ost-West-Problem, Frankfurt 1973; Die Zukunft der Entspannung, Köln 1979; Einführung in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Stuttgart 1981 (zus. mit R. H. Brocke); Zwiespältige Zufluchten. Zur Renaissance des Heimatgefühls, Bonn 1981 (zus. mit H.-F. Foltin).

Günther Schmid, Dr. phil., M.A., geb. 1946; Studium der Politischen Wissenschaft (Internationale Politik), Neueren Geschichte und des Staatsrechts an der Universität München; seit 1975 Wissenschaftlicher Assistent und Lehrbeauftragter für internationale Politik am Seminar für Internationale Politik des Geschwister-Scholl-Instituts für Politische Wissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Veröffentlichungen u. a.: Politik des Ausverkaufs? Die Deutschlandpolitik der Regierung Brandt/Scheel, München 1975 (2. Auflage 1979); Beiträge in: Gottfried-Karl Kindermann (Hrsg.), Grundelemente der Weltpolitik. Eine Einführung, München 1977 (Neuaufgabe 1981); Entscheidung in Bonn. Die Entstehung der Ost- und Deutschlandpolitik 1969/70, Köln 1979 (2. Auflage 1980); Some Notes on the Foreign Policy Decision-Making Process in the West German Government, in: The Shaping of West European Foreign Policies, edited by Wilfrid L. Kohl and David Detweiler (Research Institute of The John Hopkins University Bologne Center), Occasional Paper No. 25, July 1979; Henry Kissinger und die deutsche Ostpolitik. Kritische Anmerkungen zum ost- und deutschlandpolitischen Teil der Kissinger-Memoiren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 8/80 vom 23. Februar 1980; Détente: Entspannung oder Spannungsverminderung?, in: Europäische Wehrkunde, München, XXX. Jahrgang, Heft 7, Juli 1981.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn.

Redaktion:

Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang, Holger Ehmke.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/461 71, nimmt entgegen

— Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

— Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

— Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Zusammensetzung und Ziele der Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland

Die folgenden Überlegungen sollen den sozialen und politischen Hintergrund der im In- und Ausland viel beachteten und häufig mißverstandenen Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland ein wenig erhellen. Die meisten dieser Mißverständnisse resultieren aus der politischen Brisanz, welche die seit Beginn der achtziger Jahre mit neuer Dynamik erfüllte Bewegung zu besitzen scheint — und zwar im nationalen wie im internationalen Rahmen. Immer, wenn eine Person, ein politisches Zielprogramm oder eine politische Gruppierung im Zentrum heftiger politischer Auseinandersetzungen steht, wächst die Ungeduld aller Beteiligten, zu einem schnellen Urteil zu kommen, verkümmert die Lust zu differenzieren, kurz: das ist dann die Stunde der Schwarz-weiß-Malerei. Diesem Hang soll hier so gut es geht widerstanden werden — Beschreibung und Analyse des gewählten Untersuchungsgegenstandes sollen so erfolgen, als läge eine große zeitliche und geistige Distanz zwischen ihm und dem Autor.

Ein typischer Hinweis auf die Umstrittenheit der Friedensbewegung findet sich bereits in ihrem Namen — es ist ein selbstgewählter Name, der zugleich ein Zielprogramm ausdrückt, aber auch, daß dieses Zielprogramm in anderen sozialen und politischen Kontexten oder mit anderen Instrumenten, als hier verwendet, nicht oder zumindest nicht so gut zu verwirklichen ist. Nun gehört es auch in den inneren Kern des Selbstverständnisses der NATO-Streitkräfte und also auch der Bundeswehr, daß ihr Vorhandensein und ihr Wirken im Rahmen der offiziellen westlichen Politik den Frieden aufrechterhalten wollen und dies in den zurückliegenden Jahren auch erfolgreich getan haben. Aus der Sicht der gegenwärtigen Bundesregierung, die sich in diesem Punkt von der gegenwärtigen Opposition im Bundestag nicht um ein Jota unterscheidet, würden aber die politischen Vorstellungen der Friedensbewegung, falls in die Tat umgesetzt, gerade nicht den Frieden sichern oder gar verbessern. Friedensbewegung als Bezeichnung für die im folgenden zu untersuchende soziale Bewegung darf also, will man nicht bestimmte Urteile dieser Bewegung un-

bewußt übernehmen, zunächst einmal nur als „Selbst-Verständnis-Begriff“ angesehen werden (etwa analog zur Verwendung des Begriffes Demokratie für höchst unterschiedliche politische Systeme).

Die Friedensbewegung ist eine soziale Bewegung. Darunter soll eine Form öffentlichen

## INHALT

- I. Zur Geschichte antimilitärischer Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland
  1. Der Kampf um die Wiederbewaffnung
  2. Die Auseinandersetzung um die Atombewaffnung der Bundeswehr
  3. Die Ostermarsch-Bewegung, die Kriegsdienstverweigerung und der Krieg in Vietnam
  4. Kontinuität der Friedensbewegung(en) seit 1949?
- II. Herbst-Demonstrationen in Westeuropa
  1. Die Bonner Demonstration vom 10. Oktober 1981
  2. Westeuropäischer Pazifismus?
- III. Geistige und politische Strömungen in der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland
  1. Christlicher und humanistischer Pazifismus
  2. Ökologismus
  3. Undogmatischer Sozialismus
  4. Kommunismus
- IV. Die politische Wirkungsfähigkeit der neuen Friedensbewegung
  1. Neutralismus
  2. Gesamtdeutscher Nationalismus
- V. Zusammenfassung

Protestes gegen einen sozialen oder politischen „Stein des Anstoßes“ verstanden werden. Dieser Protest wird von einer Vielzahl von einzelnen oder Gruppierungen aus verschiedenen sozialen Schichten getragen, ohne daß es zu einer formalen Organisation (wie z. B. einer Partei) kommt. Im Verlauf des Protestes, zumal dann, wenn er von den Beteiligten

und der Öffentlichkeit als „erfolgreich“ perzipiert wird<sup>1)</sup>, kann es zu Erweiterungen und Amalgamierungen von Zielprogrammen kommen. Wie wir sehen werden, ist gerade die Friedensbewegung dafür ein gutes Beispiel.

Für den Aufbau dieser Studie erscheint es sinnvoll, sich zunächst etwas eingehender mit der Geschichte der Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zu befassen; denn allzu oft wird übersehen, daß die gegenwärtige Friedensbewegung auf einer ihre Resonanz miterklärenden Tradition beruht. Zweitens soll dann anhand der Friedensdemonstration im Oktober 1981 in Bonn das Ziel-

programm der Bewegung im einzelnen näher beschrieben werden; Überlegungen zum „Erfolg“ dieser Demonstration schließen sich an. Im dritten Teil werden die wichtigsten der in der Friedensbewegung erkennbaren geistigen Strömungen untersucht und im vierten ihre politische Wirkungsfähigkeit. Über die in- und ausländische Resonanz auf die Friedensbewegung konnten aus Platzgründen nur einige wenige Anmerkungen gemacht werden. Aber es ist zu vermuten, daß ein Ergebnis dieser Analyse die selbstverschuldete Kläglichkeit der öffentlichen Gegenargumentation der Friedensbewegung gegenüber wäre<sup>2)</sup>.

## I. Zur Geschichte antimilitärischer Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland

Die Kriegspolitik des Nationalsozialismus endete 1945 in der „totalen Niederlage“ Deutschlands. Weil aber der auch schon in den kooperativeren Zeiten der Anti-Hitler-Koalition immer schon virulente Tatbestand des Strukturkonflikts zwischen (verkürzt so bezeichnet) Ost und West sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs als Kalter Krieg zu manifestieren begann, waren die Deutschen alsbald nicht mehr nur noch die „Besiegten von 1945“<sup>3)</sup>, sondern auch wieder potentielle Verbündete in der sich anbahnenden großen sicherheitspolitischen Konfrontation. Deutschland war aber geteilt: Einige Teile waren — vorgesehen bis zum Abschluß eines Friedensvertrages — anderen Staaten zugeschlagen worden, ein Teil gehörte als sowjetisch besetzte Zone und später als Deutsche Demokratische Republik in das „sozialistische Lager“, ein Teil gehörte als Westzone und später als Bundesrepublik Deutschland zum Westen.

Diese Konstellation hat sich bis heute nicht geändert, und niemand kann vorhersagen, wann sie sich ändern wird. Durch sie wurde die „nationale Option“, also die Wiedervereinigung Deutschlands, aus dem Bereich des Möglichen zunächst einmal ausgesperrt. Aus der Sicht des wichtigsten Verbündeten der Bundesrepublik Deutschland, den Vereinigten Staaten von Amerika, sollte dieser 1949 gegründete, demokratisch verfaßte Staat nun möglichst rasch zur Stärkung der militärischen Kraft des Westens beitragen. Aus der Sicht des ersten Bundeskanzlers, Dr. Konrad Adenauer, sollten die unbedingte Westintegration der Bundesrepublik und ihre Wiederbewaffnung im Rahmen des westlichen Bündnisses politische Gleichwertigkeit und wirtschaftliche Prosperität erbringen.

Westintegration und Wiederbewaffnung — nicht beliebig kombinierbare Elemente Adenauerscher Politik, sondern untrennbar miteinander verbunden — sollten darüber hinaus ein vernünftiges Mittel für zwei andere politische Ziele mit höchster Priorität sein: für die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit und für die (militärische) Sicherung von Territorium, Menschen und sozialer Ordnung. Genau über die Frage, ob Adenauers Politik diese beiden Ziele optimal angestrebt oder letztlich verfehlt hat, ist in der Bundesrepublik seit ihrer Gründung in Abständen immer wieder heftig gestritten worden. Auch und insbesondere die sicherheitspolitische Debatte wurde von dieser Doppelfrage überschattet. Und weil die Konstruktion der Bundeswehr, die ja nicht zufällig in den fünfziger Jahren als westdeut-

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu die Arbeiten des Bielefelder Soziologen Otthein Rammstedt über soziale Bewegungen. Es erschien mir überflüssig, im Text ausdrücklich zu betonen, daß zwischen der Perzeption eines „Erfolges“ und einem tatsächlichen Erfolg im Sinne der Zielverwirklichung natürlich ein großer Unterschied bestehen kann.

<sup>2)</sup> Aus der großen Zahl der eher tagesjournalistisch eingefärbten und meist nicht sehr fruchtbaren Versuche, die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zu beschreiben, sei als positives Beispiel herausgestellt: Aimé Savard, *La puissance et la diversité du mouvement pacifiste ouest-allemand*, in: *Le Monde Diplomatique*, Nr. 332, Nov. 1981.

<sup>3)</sup> In dem interessanten, wenn auch ressentimentbeladenen Buch von Hans-Joachim Arndt, *Die Besiegten von 1945*, Berlin 1978, kommt der zweite der hier vorgestellten Aspekte viel zu kurz.

scher Wehrbeitrag bezeichnet wurde, zuvor-  
derst aus westallierter Perspektive erfolgte<sup>4)</sup>,  
kann es auch kaum verwundern, daß in der  
Bundesrepublik Deutschland ein großer Teil  
der Grundkontroversen über politische, soziale,  
ja auch wirtschaftliche Fragen bis heute so  
geführt werden, daß die Streitkräfte und ihr  
Auftrag mit in ihrem Zentrum stehen. Eine  
Weichenstellung mit nachhaltigen Konse-  
quenzen erfolgte übrigens 1954, als sich zeigte,  
daß sich die westdeutschen Integrations- und  
die französischen Kontrollinteressen über ih-  
ren östlichen Nachbarn nicht in einer Europäi-  
schen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) syn-  
thetisieren ließen.

## 1. Der Kampf um die Wiederbewaffnung

Die Auseinandersetzung um die Wiederbe-  
waffnung Westdeutschlands hatte ihren Ur-  
sprung, wie auch anderes, nicht in Deutsch-  
land, sondern in den Büros alliierter Planer  
und Stäbe<sup>5)</sup>. In den Westzonen Deutschlands  
begann sie als öffentliche Debatte 1948. Diese  
öffentliche Debatte wurde hoch-emotional ge-  
führt. Die Bevölkerung war in der Frage eines  
westdeutschen Wehrbeitrages „tief gespal-  
ten“<sup>6)</sup>. Man kann für die Jahre 1949 bis 1955,  
dem Jahr der Einrichtung der Bundeswehr,  
drei „außerparlamentarische Mobilisierungskam-  
pagnen mit Massenbasis“ ausmachen. Die  
Träger dieser Kampagnen setzten sich aus Re-  
präsentanten verschiedenster Gruppen zu-  
sammen; oft hatten sie kaum mehr miteinander  
gemein als ihre Ablehnung der Wiederbe-  
waffnung. Diese drei Kampagnen waren:

— die 1950 einsetzende „*Ohne-mich-Bewe-  
gung*“, in der sich bildungsbürgerliche Motive  
des Aussteigens aus der Geschichte (als Reak-  
tion auf den Schock des Dritten Reiches), linke  
Befürchtungen vor einem erneuerten preu-  
ßisch-deutschen Militarismus (oder was man  
dafür hielt) und schließlich auch nationale Mo-  
tive sowie solche der persönlichen und kollek-  
tiven Ehre bei ehemaligen Soldaten der  
Reichswehr/Wehrmacht vermischten,

— die „*Volksbefragungs-Bewegung*“ von  
1951/52, in der pazifistische, neutralistische

und kommunistische Strömungen den Ton an-  
gaben und das Ziel verfolgten, statt der Wie-  
deraufrüstung einen Friedensvertrag auf der  
Grundlage staatlicher Einheit und militäri-  
scher Neutralität durchzusetzen und

— die unter sozialdemokratisch-gewerk-  
schaftlicher Führung organisierte „*Paulskir-  
chen-Bewegung*“ gegen die Militärverträge  
1955<sup>7)</sup>.

Bezeichnend für die beiden zuletzt genannten  
Kampagnen war, daß ihre Anhänger kaum si-  
cherheitspolitische Argumente vorbrachten.  
Das Schwergewicht ihrer Oppositionshaltung  
lag auf der nationalen Frage. So lauten z. B. die  
Kernsätze des „*Deutschen Manifests*“ vom  
29. Januar 1955: „Die Antwort auf die deutsche  
Schicksalsfrage der Gegenwart — ob unser  
Volk in Frieden und Freiheit wiedervereinigt  
werden kann oder ob es in dem unnatürlichen  
Zustand der staatlichen Aufspaltung und in ei-  
ner fortschreitenden menschlichen Entfrem-  
dung leben muß — hängt heute in erster Linie  
von der Entscheidung über die Pariser Ver-  
träge ab. Die Aufstellung deutscher Streit-  
kräfte in der Bundesrepublik und in der Sow-  
jetzone muß die Chancen der Wiederverein-  
igung auf unabsehbare Zeit auslöschen...“<sup>8)</sup>.  
Mit dieser Prognose sollten die Anhänger des  
„*Deutschen Manifests*“ zwar recht behalten.  
Was sie allerdings übersahen, war, daß der tie-  
fer Grund für diese Entwicklung nicht in der  
Entscheidung Adenauers zur Wiederbewaff-  
nung lag, sondern in der jede realistische Al-  
ternative dazu austrocknenden Konstellation  
des globalen Ost-West-Konflikts.

War am Ende der vierziger Jahre der Teil der  
Bevölkerung, der der Wiederbewaffnung mit  
Mißtrauen bis Ablehnung gegenüberstand,  
noch sehr hoch, so nahm er doch in den fünfzi-  
ger Jahren stetig ab. Dafür dürfte weniger die  
Ausbreitung sachkundiger sicherheitspoliti-  
scher Grundüberzeugungen als vielmehr die  
auf anderen Feldern, insbesondere dem der  
Ökonomie, rasch wachsende Zustimmung zur  
Person und Politik des Bundeskanzlers Ade-  
nauer verantwortlich sein. Diejenige Institu-  
tion, die sich am leidenschaftlichsten und tief-  
schürfendsten mit dem Sinn von deutschen  
Streitkräften auseinandersetzte, war die Evan-

<sup>4)</sup> Vgl. Robert McGeehan, *The German Rearmament Question*, Urbana (Ill.) 1971.

<sup>5)</sup> Vgl. Ulrich Albrecht, *Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik*, Köln 1980, S. 11 ff.

<sup>6)</sup> Hans-Adolf Jacobsen, *Zur Rolle der öffentlichen Meinung bei der Debatte um die Wiederbewaffnung 1950—1955*, in: *Militärgeschichtliches Forschungsamt* (Hrsg.), *Aspekte der deutschen Wiederbewaffnung bis 1955*, Boppard 1975, S. 95.

<sup>7)</sup> Diese Aufstellung nach: Karl A. Otto, *Außerparlamentarische Bewegungen — Kontinuität und Perspektiven*, in: H. K. Rupp (Hrsg.), *Die andere Bundesrepublik. Geschichte und Perspektiven*, Marburg 1980, S. 182.

<sup>8)</sup> Zit. nach: Klaus von Schubert (Hrsg.), *Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945—1977*, Teil 1, Köln 1978, S. 196 f.

gelische Kirche. Hier gibt es in der Gegenwart deutlich eine parallele Entwicklung.

## 2. Die Auseinandersetzung um die Atomwaffenbewaffnung der Bundeswehr

Die Verstärkung der NATO-Streitkräfte durch die Aufstellung der Bundeswehr reichte nach Ansicht führender westlicher Experten nicht aus, die Abschreckungskraft des Bündnisses in dem benötigten Umfang zu erhöhen. Seit Ende 1956 wurde deshalb erwogen, auch die Bundeswehr mit amerikanischen taktischen Atomwaffen auszurüsten, mit denen das Übergewicht des Warschauer Pakts an konventioneller Bewaffnung ausgeglichen werden könnte.

Die Aussicht, gut ein Jahrzehnt nach der totalen Niederlage des Dritten Reichs deutsche Militärverbände nuklear auszurüsten, ließ nicht nur in Osteuropa verständliche und propagandistisch weit überhöhte Ängste entstehen, sondern erschreckte auch in der Bundesrepublik viele Bürger. Große Aufmerksamkeit fand z. B. der Appell von 18 westdeutschen Atomwissenschaftlern für den Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf Atomwaffen vom 12. April 1957. In der Auseinandersetzung zwischen Regierung und SPD-Opposition im Bundestag spielte dieses Thema eine wichtige Rolle. Die Sozialdemokratie, aber auch die FDP und der Deutsche Gewerkschaftsbund unterstützten die sich rasch entwickelnde Bewegung „Kampf dem Atomtod“, in der sich auch viele Wissenschaftler, Künstler und Intellektuelle engagierten. Diese Bewegung führte zahlreiche Kundgebungen und Demonstrationen durch. Aber viele Spuren hat sie in der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik nicht hinterlassen. Nachdem das Bundesverfassungsgericht im Juli 1958 eine allgemeine Volksbefragung zur Atombewaffnung für grundgesetzwidrig erklärt hatte, nach dem „Berlin-Ultimatum“ der UdSSR vom November 1958 und schließlich nach dem Berliner Studentenkongreß gegen Atomrüstung im Januar 1959, in dessen Verlauf die Repräsentanten der SPD von linken Kräften überstimmt wurden, zogen sich die Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbund aus der Bewegung zurück. Damit aber hatte diese ihre politische Bedeutung weitgehend eingebüßt<sup>9)</sup>.

<sup>9)</sup> Zahlreiche Einzelheiten finden sich in der materialreichen Arbeit von Hans Karl Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren, Köln 1970.

## 3. Die Ostermarsch-Bewegung, die Kriegsdienstverweigerung und der Krieg in Vietnam

In der ersten Hälfte der sechziger Jahre bildete die von England her inspirierte, zunächst noch sehr kleine Ostermarsch-Bewegung die einzige in der Öffentlichkeit sich artikulierende sicherheitspolitische Alternativ-Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Sie wuchs später mit Teilen der Jugend- und Studentenprotestbewegung zusammen, die sich allerdings kaum intensiv mit der militärpolitischen Situation in Europa auseinandersetzte. Diese Protestwelle und ihre linkssozialistischen Wortführer an den Universitäten fanden ihre „positiven Helden“ in den Guerilla-Anführern der Dritten Welt. Guevara-Poster schmückten so manche ‚Studentenbude‘, und nicht wenige Söhne des wohlhabenden Kleinbürgertums wünschten sich an die Stelle von Régis Debray, der „um zu lernen“ in den bolivianischen Untergrund ging.

Ein zunächst noch nicht unmittelbar die NATO und die Bundeswehr in Mitleidenschaft ziehendes, weit verbreitetes negatives Image begann sich in den sechziger Jahren in vielen meinungsbildenden Kreisen der Bundesrepublik über die USA zu entwickeln. Unter Kennedy galten die USA als glänzende Demokratie, aber der Krieg in Vietnam ließ diesen Glanz verschwinden. Es ist sehr wahrscheinlich, daß ein Teil jener Stimmung, die sich innerhalb der gegenwärtigen Friedensbewegung als Vorbehalt gegen die USA äußert, damals langsam aufgebaut wurde<sup>10)</sup>.

Die Bundeswehr stand am Ende der sechziger Jahre auch nicht unerhebliche Schwierigkeiten durch. Der dramatische Anstieg der Zahlen von Kriegsdienstverweigerern signalisierte eine leichte Legitimitätskrise, die durch organisationsinterne und Integrationsprobleme der Streitkräfte noch verschärft wurde. Hier konnten indes jene Reformen (z.B. des Bildungs- und Ausbildungssektors mit der Einführung des obligatorischen Hochschulstudiums für Offiziere), die der damalige Verteidigungsminister Schmidt in einem beachtlichen Kraftakt verwirklichte, weitere Auswirkungen verhindern<sup>11)</sup>. Interessant ist, daß sich damals

<sup>10)</sup> Daß der internationale Protest gegen die USA wegen ihres Einsatzes in Vietnam ziemlich undifferenziert war, läßt sich an einer jüngeren Studie über die Propagandaarbeit des Vietcong erkennen: Cuong Ngo-Anh, Die Vietcong. Anatomie einer Streitmacht im Guerillakampf, München 1981.

<sup>11)</sup> Vgl. Wilfried von Bredow, Die Armee ohne Eigenschaften. Probleme des Selbst- und Umweltver-

innenpolitische und internationale Aspekte der Bundeswehr-Probleme fast gar nicht berührten. Die zu jener Zeit von Vertretern der Friedens- und Konfliktforschung formulierte Kritik an der Abschreckung<sup>12)</sup> fand ein akademisches Publikum, mündete aber durchaus nicht in irgendeiner Art von Friedensbewegung.

#### 4. Kontinuität der Friedensbewegung(en) seit 1949?

Der Blick auf die verschiedenen antimilitärischen Kampagnen in der Bundesrepublik Deutschland legt den Schluß nahe, daß es in diesem Land eine Kontinuität der Friedensbewegung gegeben hat, die allenfalls dadurch geschmälert wurde, daß die verschiedenen Strömungen sich von Zeit zu Zeit um ein neues Thema neu gruppieren mußten. Dieser Schluß ist überwiegend richtig. Ein ganz wichtiges Element dieser Kontinuität liegt auch in der spezifischen geographischen und politischen Lage der beiden deutschen Staaten begründet: jede Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik muß auch eine Antwort auf die Frage nach der (wie langfristig auch immer

anzulegenden) Überwindung der Teilung Deutschlands parat haben.

Allerdings darf man die Vorstellungen von der Kontinuität der westdeutschen Friedensbewegung(en) auch nicht überstrapazieren. Insbesondere am Ende der siebziger und Beginn der achtziger Jahre verbinden sich mit den herkömmlichen (pazifistischen, neutralistischen, sozialistischen usw.) Strömungen in der Friedensbewegung auch neuartige Gruppierungen, z. B. aus der Ökologiebewegung oder aus der Frauenbewegung. Damit ist der Friedensbewegung insgesamt eine neue Dynamik zugewachsen, die zahlreiche Beobachter überrascht haben mag. Ein weiteres antreibendes Moment für die gegenwärtige Friedensbewegung besteht in ihrer die westeuropäischen Grenzen überschreitenden Ausdehnung. Zwar verbleibt, wie rasch erkennbar wird, der Großteil der Argumente, welche die Friedensbewegung gegen die Sicherheitspolitik der Regierungen hervorbringt, zutiefst national eingefärbt. Allein der Tatbestand jedoch, daß z. B. im Herbst 1981 in mehreren Großstädten Westeuropas zugleich große Demonstrationen veranstaltet werden konnten, zeigt die (wenn auch regional beschränkte) Internationalität der Bewegung.

## II. Herbst-Demonstrationen in Westeuropa

### 1. Die Bonner Demonstration vom 10. Oktober 1981

Im Vorwort eines handlichen, etwas mehr als 200 Seiten Text und Photographien enthaltenden Buches über die Bonner Demonstration vom 10. Oktober 1981 äußern die selbstgewissen Herausgeber die Vermutung, daß diese Demonstration in späteren Rückblicken „als Wendepunkt der europäischen Friedenspolitik betrachtet werden“ wird. „Sie war der Ausgangspunkt von Demonstrationen gegen die nukleare Aufrüstung in ganz Westeuropa. Millionen von Menschen haben sich an diesen Demonstrationen beteiligt... Die Demonstrationen zeigen, daß wachsende Teile der Bevölkerung Westeuropas dem Rüstungswettlauf Einhalt bieten wollen und werden.“<sup>13)</sup>

ständnisses der Bundeswehr, in: Politische Vierteljahresschrift, 13. Jg. 1972, S. 39—63.

<sup>12)</sup> Am bekanntesten etwa: Dieter Senghaas, Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit, Frankfurt 1969.

<sup>13)</sup> Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste — Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (Hrsg.),

Nun gehört ein Ton der Selbstgewißheit immer in das Repertoire der Manager von sozialen Bewegungen. Aber selbst, wenn man dies in Rechnung stellt, fällt die angesichts der politischen Realitäten schwer nachvollziehbare Zuversicht auf, mit der die Veranstalter der Bonner Demonstration die vier großen Ziele ihrer Bewegung durchzusetzen hoffen:

„— Wir wehren uns gegen neue Atomwaffen in Europa.

— Wir fordern die Regierungen der Mitgliedsländer der NATO auf, ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zurückzuziehen. Damit soll der Weg für die Verringerung der Atomwaffen in West- und Osteuropa geöffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen.

— Wir treten ein für ein atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder hergestellt,

Bonn 10. 10. 1981 — Friedensdemonstration für Abrüstung und Entspannung in Europa, Reden, Fotos... Bornheim 1981, S. 9.

noch gelagert oder verwendet werden. Dies gilt auch für andere Massenvernichtungswaffen.

— Unsere Regierungen müssen eigene Initiativen für wirksame Abrüstungsverhandlungen und zur Fortsetzung der Entspannungspolitik ergreifen.<sup>14)</sup>

Diese vier Forderungen aus dem Aufruf zur Demonstration in Bonn gehen in erster Linie auf inhaltliche und organisatorische Vereinbarungen zwischen dem Innerkirchlichen Friedensrat (IKV) der Niederlande und der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (ASF) zurück. Schon in den Auseinandersetzungen um die Einführung der Neutronenwaffe in der Mitte der siebziger Jahre waren es holländische Gruppierungen, die die Initiative ergriffen und entsprechende Aktionen gegen die Neutronenwaffe in der Bundesrepublik inspirierten. Die Hauptstoßrichtung der in den Niederlanden seit 1967 jährlich wiederholten „Friedenswochenarbeit“ richtet sich gegen Atomwaffen in Europa. So war es kaum verwunderlich, daß der „Doppelbeschluß“ des NATO-Rats vom Dezember 1979 über die mögliche „Nachrüstung“ der in Westeuropa stationierten nuklearen Waffensysteme den unmittelbaren Anlaß für eine neue Protestwelle abgab.

Eine große Zahl von Faktoren, die allesamt innerhalb des „magischen Dreiecks“ von Wissenschaft, Moral und Politik angesiedelt sind, haben in der Zeit zwischen dem NATO-Ratsbeschluß und der Bonner Demonstration auf diese Protestwelle eingewirkt und sie dabei meist verstärkt, selbst wenn das auf den ersten Blick nicht so schien. Einige der wichtigsten dieser Faktoren waren:

— Die jahrzehntelang unterbliebene öffentliche Debatte über die Militärstrategie der NATO und ihre Konsequenzen für die Bundesrepublik ist in den siebziger Jahren durch Arbeiten von Afheldt und anderen<sup>15)</sup> neu oder erstmals breit entfacht worden; die Verbindung solcher seriösen strategiekritischen Beiträge mit den politischen Impulsen der Friedensbewegung ergab eine heftige, im allgemeinen ziemlich dilettantische öffentliche Strategiediskussion in der Bundesrepublik<sup>16)</sup>.

<sup>14)</sup> Ebd., S. 25.

<sup>15)</sup> Horst Afheldt, *Verteidigung und Frieden. Politik mit militärischen Mitteln*, München 1976; in den letzten Jahren sind zahlreiche Aufsätze und Monographien publiziert worden, die den Ansprüchen an eine seriöse militärstrategische Debatte sehr wohl genügen.

<sup>16)</sup> Obwohl Personalisierungen häufig Problemprofile verwischen, sei in diesem Zusammenhang auf das Wirken von Alfred Mechttersheimer verwiesen,

— Viele Bürger der Bundesrepublik betrachteten den Amtsantritt von US-Präsident Reagan mit höchst gemischten Gefühlen; in den deutsch-amerikanischen Beziehungen hatte sich ohnehin in den ganzen letzten Jahren die Perzeption gegenseitigen Mißverständnisses ausgebreitet; scheinbar oder wirklich widersprüchliche Signale aus der Reagan-Administration über den neuen Kurs der amerikanischen Sicherheitspolitik wirkten weiter beunruhigend.

— Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan um die Jahreswende 1979/80 und der dramatische Legitimitätsverfall des Regimes in Polen haben die Friedensbewegung zwar irritiert und werden auf längere Sicht den Zusammenhalt ihrer verschiedenen Strömungen stark erschweren; das in vielerlei Beziehung unerfreuliche westliche Echo auf diese Ereignisse hat jene Irritationen jedoch gedämpft.

— Die innergesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Friedensbewegung scheint bei allen Beteiligten oft nur ein diffuses Unbehagen aneinander zu erzeugen; Klärungsprozesse sind kaum auszumachen.

— Von links bis weit ins konservativ wählende Bürgertum hinein hat sich in der Bundesrepublik eine eigentümliche Unsicherheit über die eigene (individuelle wie kollektive) Zukunft ausgebreitet, für welche die „Atomangst“ sich als demonstrative Rationalisierung geradezu aufdrängt.

Dieses zuletzt genannte Phänomen war es besonders, das die gesellschaftliche Resonanz der zur Demonstration am 10. Oktober 1981 in Bonn aufrufenden Gruppen verstärkte. Als ein wichtiger Resonanzboden wirkte in diesem Falle die Institution des Evangelischen Kirchentags Mitte Juni 1981 in Hamburg<sup>17)</sup>.

Wenn auch die Angaben über die Zahl der Demonstrationsteilnehmer schwanken (zwischen 200 000 und 300 000), läßt sich kaum bezweifeln, daß es sich um eine der größten, eindrucksvollsten und bestorganisierten Demonstrationen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gehandelt hat.

der als ehemaliger Bundeswehroffizier und Mitarbeiter von Afheldt am Starnberger Max-Planck-Institut sozusagen den „Verbindungsmann“ zwischen fachwissenschaftlicher Strategiekritik und Friedensbewegung darstellt.

<sup>17)</sup> Eine genaue Analyse dieses Kirchentags würde wahrscheinlich zuverlässige Auskünfte über eine Reihe verschiedenartiger, aber sich gegenseitig verstärkender Schwierigkeiten im Selbst- und Umweltverständnis nicht nur der Evangelischen Kirche, sondern großer Teile der westdeutschen Gesellschaft geben können.

## 2. Westeuropäischer Pazifismus?

Die Bonner Demonstration stand am Anfang einer Reihe von ähnlichen Veranstaltungen in den Hauptstädten Westeuropas. Eine erste Übersicht mit (je nach Quelle) schwankenden Teilnehmerzahlen sieht so aus:

Tabelle 1: Friedensdemonstrationen in Westeuropa, Herbst 1981

Datum	Ort	Teilnehmerzahl (ca.)
24. 10. 1981	Rom	150 000
24. 10. 1981	London	70 000
25. 10. 1981	Paris	50 000
28. 10. 1981	Helsinki	150 000
15. 11. 1981	Madrid	500 000
15. 11. 1981	Athen	300 000
21. 11. 1981	Amsterdam	350 000

Eine Analyse der Aufrufe, Reden usw., welche diese Demonstrationen thematisch kennzeichneten, ergibt neben einer Reihe von Gemeinsamkeiten (worunter ein emotional geschürter Anti-Amerikanismus am auffälligsten ist) vor allem aber auch, daß die Motivationsgeflechte der Teilnehmer von Land zu Land unterschiedlich geknüpft sind. Weder kann man von der Teilnehmerzahl in jedem Fall auf die Stärke der nationalen Friedensbewegungen schließen, noch läßt sich trotz aller transnationalen Querverbindungen gegenwärtig schon der Umriß eines gemeinsamen westeuropäischen Pazifismus oder, aus anderer Sichtweite, die allgemeine Ausbreitung des „Geistes von München“<sup>19)</sup> konstatieren.

Diesem zuletzt genannten Schlagwort, in dem auf die westliche Appeasement-Politik gegenüber Hitler kurz vor dessen Entfesselung des Zweiten Weltkriegs angespielt wird, konnte man im Herbst 1981 häufig in französischen Kommentaren zur Friedensbewegung in Westeuropa und insbesondere in der Bundesrepublik begegnen. In der Tat ist das französische Echo auf letztere hochinteressant.

In Frankreich selbst, wo die Friedensbewegung in viel stärkerem Maße als anderswo im Westen kommunistisch geprägt ist, blieb dieser ein spektakulärer innenpolitischer Erfolg im Herbst 1981 versagt. Das hat nicht zuletzt mit der politischen Konstellation nach dem Wahlsieg des Sozialisten Mitterrand zu tun, der in den Ost-West-Beziehungen anders als

sein Vorgänger Giscard eine (vor allem, aber nicht nur rhetorisch) „harte Linie“ bevorzugt. In den französischen Medien aller politischen Couleurs ist diese Linie fast ausnahmslos unbestritten. Dennoch gab es im Herbst 1981 eine heftige öffentliche Debatte über die Friedensbewegung — aber nicht über die eigene, sondern über die des östlichen Nachbarn. Das Echo auf die Bonner Demonstration war dabei in der Regel von Mißbehagen, leichtem Erschrecken, zuweilen (allerdings selten, nicht so wie bei der amerikanischen Berichterstattung) auch von schlagartig aufgedeckter, tief-sitzender Beunruhigung gekennzeichnet. Nur die kommunistische „Humanité“ freute sich über die „friedlichen Deutschen“ (denen sie sonst dieses Adjektiv lieber vorenthält); für die meisten anderen Journalisten und Kommentatoren verbirgt sich hinter der westdeutschen Friedensbewegung ein neu erstandener Politirationalismus, der in Verbindung mit ökonomischen Schwierigkeiten zu unvorhergesehenen Eruptionen und möglicherweise zur Zerstörung der Nachkriegsstrukturen in Europa führen könnte.

Die klügste Analyse, sie stammt vom früheren französischen Außenminister François-Poncet, die als Antwort auf manche übertriebenen und übertreibenden Befürchtungen in Frankreich erschienen ist, rückt zwar die Dimensionen wieder zurecht<sup>19)</sup>, größeren Widerhall haben jedoch andere Stimmen gefunden, so daß in der französischen Öffentlichkeit, soweit sie sich für derlei Phänomene interessiert, ein in nationaler Optik gebrochenes Bild von den Zielen und der Zusammensetzung der Friedensbewegung jenseits des Rheins besteht.

Solche Perzeptionsverschiebungen werfen ein bezeichnendes Licht auf den Stand der westeuropäischen Integration. Aber, und das ist in diesem Zusammenhang wichtiger, sie machen auch deutlich, daß die westeuropäischen Friedensbewegungen zunächst einmal nationale Phänomene sind, gespeist aus den jeweiligen historischen, sozialen, politischen und spirituellen Gegebenheiten. Übergeordnete Bewußtseinsinhalte gibt es allenfalls in negativer Form; der Alptraum oder (aus anderer Sichtweise) die Illusion eines „europäischen Neutralismus“ sind in der Tat nichts als das: Alptraum oder Illusion.

<sup>19)</sup> Jean François-Poncet, *Où va l'Allemagne...*, in: *Le Monde*, 28. 11. 1981. Vgl. auch: Michel Tatu, *Frankreich und die deutsche Friedensbewegung*, in: *Dokumente*, 37. Jg. 1981, H. 4, S. 300 ff.

<sup>18)</sup> *Le Figaro*, 23. 11. 1981.

### III. Geistige und politische Strömungen in der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland

#### 1. Christlicher und humanistischer Pazifismus

Unterhalb der Oberfläche der politischen Kultur hat es seit der Jahrhundertwende, seit Bertha von Suttner und Ludwig Quidde, auch eine (linksbürgerliche) pazifistische Tradition in Deutschland gegeben. Ihre Verbindung mit einem rigorosen, sich auf das „Versagen“ der Amtskirchen im Dritten Reich beziehenden Protestantismus hat im Nachkriegsdeutschland erkennbare Auswirkungen auf die politische Gestalt der Bundesrepublik und auf ihr moralisch-spiritueller Klima gehabt. Einer der geistigen Anführer dieses protestantischen Pazifismus war Martin Niemöller, von dem auf der Bonner Demonstration ein Text verlesen wurde, den er wegen seines hohen Alters nicht mehr selbst vortragen konnte<sup>20</sup>).

Zwar gibt es auch einige katholische pazifistische Gruppierungen, aber das Bild des westdeutschen Pazifismus ist vom Protestantismus bestimmt, einer zuweilen etwas pharisäerhaften, zuweilen ganz unpolitischen Haltung, die sich, wie der Verlauf des Hamburger Kirchentages zeigte, gerade bei vielen Jugendlichen großer Anziehungskraft erfreut. Repräsentanten des politischen Systems wie etwa Minister Apel oder auch dem Bundeskanzler war es bei ihren Auftritten auf dem Kirchentag kaum möglich, sich und ihre Politik verständlich zu machen.

#### 2. Ökologismus

Aus der allgemein gewachsenen Sensibilität für umweltzerstörerische Nebenfolgen des industriellen Wachstums ist in den siebziger Jahren, ähnlich wie in anderen westlichen Gesellschaften, eine Ökologie-Bewegung entstanden, die sich zunächst sehr schwer tat, regionale Unzufriedenheit über Einzelmaßnahmen wie z. B. den Bau einer Autobahn und ideologische Naturvorstellungen kleinerer Randgruppen zu verschmelzen. In größerem Umfange gelang das erst bei dem Thema ‚Bau von Kernkraftwerken‘. Die intensive Gegnerschaft gegenüber der zivilen Verwendung von

Kernenergie (die es übrigens in der „Kampf-Atomtod“-Bewegung der späten fünfziger Jahre überhaupt nicht gab) setzte sich logisch fort in der Unterstützung der Friedensbewegung, zu der sich die neu gegründete Ökologie-Partei, „Die Grünen“, inzwischen tatkräftig bekennt. Über diesen institutionellen Kanal sind nicht nur viele Intellektuelle zur Friedensbewegung gelangt, sondern auch Teile der sich nach einem Adressaten in der Praxis umsehenden, kritischen Friedensforschung in der Bundesrepublik, insbesondere die Anhänger einer Konzeption der „sozialen Verteidigung“ und des (gewaltfreien) „zivilen Ungehorsams“. Wieder einmal läßt sich hier erkennen, wie eine auf einer Welle breiten, vagen Unbehagens schwimmende Bewegung dadurch, daß sie diesem Unbehagen einige Themen als Kristallisationspunkte vorgibt, zu einer zielgerichteten politischen Wirkung gelangt.

#### 3. Undogmatischer Sozialismus

Die heftigste „theoretische“ Beschäftigung in der Friedensbewegung findet in den Reihen der undogmatischen Sozialisten statt. Mit dem selbstgewählten Adjektiv meinen die Vertreter dieser Richtung, daß ihre politischen Vorstellungen in mindestens ebenso großem Abstand zur Sowjetunion und ihren Verbündeten wie zum westlichen Kapitalismus angesiedelt sind. Sammelpunkte der undogmatischen Sozialisten sind die unter dem Einfluß des DDR-Emigranten Rudolf Bahro eingerichtete „Sozialistische Konferenz“<sup>21</sup>) und das „Komitee für Grundrechte und Demokratie“<sup>22</sup>). Von hier aus wirkt eine nicht unbeträchtliche Anziehungskraft in die Hochschulen, in Teile der Gewerkschaften, aber auch in Randbereiche der Regierungsparteien, besonders in deren Jugendorganisationen. Als viel beachteter Anstoß für linke Strategiedebatten in diesem Rahmen hat das etwas verschrobene Konzept eines modernen Industriegesellschaften in Ost und West

<sup>20</sup>) Martin Niemöller genießt auch im Ausland hohes Ansehen. Ein Hinweis darauf ist z. B., daß „Le Monde“ ihn im Herbst 1981 einlud, über die Friedensbewegung zu schreiben (dort erschien sein Beitrag am 27. 10. 1981).

<sup>21</sup>) Vgl. die Materialien zur 3. Sozialistischen Konferenz im November 1981 in Bochum unter dem Titel „Kriegsgefahr und Friedenspolitik — Friedensbewegung und die Linke, Hannover 1981.“

<sup>22</sup>) Im November 1981 veröffentlichte das Komitee unter dem Titel „Frieden mit anderen Waffen“ ein Taschenbuch mit Vorschlägen zu einer alternativen Sicherheitspolitik.

inhärenten „Exterminismus“ des britischen Historikers E. P. Thompson gewirkt<sup>23)</sup>.

#### 4. Kommunismus

An Wahltagen hat sich bisher in der Bundesrepublik immer wieder herausgestellt, daß der politische Einfluß der hiesigen kommunistischen Partei (DKP) minimal ist. Demgegenüber unterstreichen die jährlichen Berichte des Verfassungsschutzes und Stellungnahmen aus ähnlichen Kreisen häufig die Fähigkeit der Kommunisten, in bestimmten Organisationen wie z. B. in Teilen der Gewerkschaften einen überproportionalen Einfluß gewinnen zu können. Auch in der Friedensbewegung sind Kommunisten vertreten. Das „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ wird immer wieder als eine Organisation genannt, in der Kommunisten, wiewohl nicht im Vordergrund stehend, die wichtigsten Ent-

scheidungen kontrollieren. Dieses Komitee ist federführend bei der Unterschriftensammlung für den „Krefelder Appell“ tätig gewesen, den bis heute mehr als zwei Millionen Bürger der Bundesrepublik unterschrieben haben sollen<sup>24)</sup>. Wenn sich auch politischer Einfluß von dieser Richtung her auf die Friedensbewegung nicht leugnen läßt, so ist er doch längst nicht so stark, wie in der Auseinandersetzung um die Friedensbewegung von ihren Gegnern behauptet wird. Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan sowie der katastrophale Niedergang der Parteierrschaft in Polen haben diesen Einfluß weiter eingedämmt.

Zusammenfassend muß man feststellen, daß sich in der Friedensbewegung sehr heterogene Strömungen getroffen haben, was auch innere Spannungen zur Folge gehabt hat. Dennoch haben sich bis jetzt die gemeinsamen Ziele als stärker erwiesen. Es ist allerdings fraglich, ob dieser Zusammenhalt über einen längeren Zeitraum anhalten kann.

### IV. Die politische Wirkungsfähigkeit der neuen Friedensbewegung

Auf die Frage nach der politischen Wirkungsfähigkeit der neuen Friedensbewegung eine möglichst präzise Antwort zu geben, fällt deshalb besonders schwer, weil von allen möglichen „interessierten Seiten“ solche Antworten schon vorliegen und diese wegen der dort häufig erkennbaren Verwechslung von Wunschbild und Wirklichkeit wenig ermutigend sind. Gewiß muß man verstehen, daß Äußerungen zur Friedensbewegung aus Politikermund oftmals von der jeweiligen Taktik bestimmt sind. Indes wird dabei häufig übersehen, daß bestimmte Etikettierungen sich auch verselbständigen können. So ist, machiavellistisch gesehen, die Bezeichnung einer Protestbewegung als „kommunistisch unterwandert“ möglicherweise ganz nützlich, wenn man dieser Bewegung Attraktivität nehmen will. Hat diese Bewegung jedoch bereits in sich selbst und in der Öffentlichkeit ein Image ausgeprägt, das diesen Vorwurf desavouiert, dann wirkt er ganz anders — nämlich als Integrationsinstrument für die kommunistischen Mitglieder der Bewegung, die auf diese Weise besonders demonstrativ in ihr verankert werden. Das Eti-

kett „kommunistisch unterwandert“ hat damit seine politische Kraft weitgehend eingebüßt.

Pointiert gesagt: Die Friedensbewegung wird in ihrer Wirkungsfähigkeit zugleich unterschätzt und überschätzt, und zwar von den verschiedensten Seiten.

#### 1. Neutralismus

Sowohl die Hoffnungen in Moskau als auch die Befürchtungen in Paris, London und Washington bezüglich eines durch die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland neu erweckten und sich weiterentwickelnden Neutralismuskonzepts scheinen die Wirkungsfähigkeit der Friedensbewegung erheblich zu überschätzen. Die Friedensbewegung selbst ist nicht in der Lage, ein über ihre Ablehnung von allgemeiner und spezieller Aufrüstung hinausgehendes politisches Konzept zu entwerfen; dies wird sich in Zukunft auch

<sup>24)</sup> Als öffentlichkeitswirksamste Figur der Erstunterzeichner des „Krefelder Appells“ vom 16. 11. 1980 steht der Bundeswehrgeneral a. D. Bastian im Mittelpunkt zahlreicher Berichterstattungen. Der „Krefelder Appell“ richtet sich an die Bundesregierung mit der Aufforderung, ihre Zustimmung zur Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland zurückzuziehen.

<sup>23)</sup> Edward P. Thompson, „Exterminismus“ als letztes Stadium der Zivilisation, in: *Befreiung*, Nr. 19/20 — 1981, S. 12—43.

nicht ändern. Die Resonanz auf das Auftreten der Friedensbewegung in der Öffentlichkeit aber, soweit sie Umfrageergebnisse eruiert haben<sup>25)</sup>, blieb bislang insgesamt gering. Dies

soll anhand zweier Antwortreihen auf entsprechende Fragen, die das renommierte Demoskopische Institut Allensbach vorgelegt hat, erhärtet werden.

Tabelle 2: Umfrageergebnisse zu Kernthemen der Friedensbewegung

*Verhältnis zu den USA:*

Frage: Mögen Sie eigentlich die Amerikaner, oder mögen Sie sie nicht besonders? (Antworten in %)

	Jan. 1957	Juli 1962	Jan. 1967	Mai 1973	März 1975	Aug. 1979	Sept. 1980	Sept. 1981
Mag sie	37	54	47	48	42	50	51	56
nicht besonders	24	18	24	24	21	23	22	18
unentschieden	18	17	16	17	21	17	17	17
keine Einstellung	21	11	13	11	16	10	10	9

*Abschreckung:*

Frage: Wenn jemand sagt, ein Angriff aus dem Osten kann am besten durch Abschreckung verhindert werden, wenn der Westen selbst ausreichend gerüstet ist. Würden Sie dem zustimmen oder nicht zustimmen? (Antworten in %)

	Febr. 1976	Jan. 1978	Sept. 1979	März 1981	Juli 1981
Zustimmen	58	58	55	50	53
Nicht zustimmen	23	22	21	25	22
Unentschieden, kein Urteil	19	20	24	25	25

Diese und weitere Daten interpretiert Elisabeth Noelle-Neumann als „Standfestigkeit“ der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Anti-Amerikanismus und Neutralismus<sup>26)</sup>. Diese Interpretation, wenn sie auch an manchen Stellen vertieft werden müßte, dürfte richtig sein<sup>27)</sup>.

## 2. Gesamtdeutscher Nationalismus

Sehr viel problematischer für die nationale Entwicklung der Bundesrepublik und die internationale Entwicklung in Europa könnte

<sup>25)</sup> „Wer Desinformation mit demoskopischen Resultaten treiben wollte“, schreibt die Leiterin des Allensbacher Instituts, Elisabeth Noelle-Neumann, in der FAZ vom 30. 10. 1981, fände bei den hier relevanten Themenkomplexen reiche Nahrung. Es ist in der Tat hier besondere Vorsicht geboten.

<sup>26)</sup> Die Daten stammen aus einem Aufsatz von E. Noelle-Neumann in der FAZ, 30. 10. 1981.

<sup>27)</sup> Die französische Wochenzeitschrift „Le nouvel observateur“ hat in ihrer Ausgabe vom 21. 11. 1981 mit Umfragedaten aus vier westeuropäischen Ländern einen Anstieg des Neutralismus in Westeuropa beweisen wollen. Dieser „Beweis“ ist allerdings wenig überzeugend konstruiert.

die Ausbildung eines linken wie rechten politische Gruppierungen integrierenden Neo-Nationalismus werden, den man gegenwärtig in Spuren sowohl bei den Ökologen als auch bei den unorthodoxen Sozialisten in der Friedensbewegung ausmachen kann. Solchen z. T. irrwitzigen Polit-Träumereien von einem dem Coca-Cola- wie dem Wodka-Imperialismus gleichermaßen widerstehenden (mal links, mal rechts eingefärbten) Deutschtum wird durch die Hilflosigkeit, mit der die staatstragenden Parteien und Verbände auf die Friedensbewegung bisher überwiegend reagiert haben, Vorschub geleistet. Gewiß erscheint es gegenwärtig mehr als unwahrscheinlich, daß es über die Verschmelzung der Themenbereiche Deutschlandpolitik und Verteidigungspolitik zu einer die ideologischen Marginalitäten übersteigenden Brisanz eines gesamtdeutschen Nationalismus kommt. Auf längere Sicht jedoch und unter der Perspektive, daß sich die Ost-West-Politik im Rüstungswettlauf und politischen Immobilismus erschöpft, könnten hier Folgewirkungen der gegenwärtigen Friedensbewegung vermutet werden.

## V. Zusammenfassung

Antimilitärische Bewegungen hat es in der Geschichte der Bundesrepublik immer wieder gegeben. Zumeist sind sie nach einiger Zeit in sich zusammengefallen. Die neue Friedensbewegung, deren Nahziel die Annullierung der im Dezember 1979 von der NATO beschlossenen „eurostrategischen“ Nachrüstung ist, unterscheidet sich von früheren Kampagnen vor allem in zwei Punkten: sie ist Teil einer internationalen westeuropäischen Bewegung und sie ist in sich breiter gegliedert, dadurch aber auch heterogener. Auch richtet sie sich kaum direkt gegen die Streitkräfte, vielmehr vor allem gegen deren politischen und militärischen Auftrag im Bündnis.

Eines der wichtigsten dynamisierenden Elemente der Friedensbewegung ist ein in der Bundesrepublik Deutschland und ihrer politischen Kultur sich seit Mitte der siebziger Jahre ausbreitendes, vages Gefühl der Unsicherheit und Unzufriedenheit, das sich an den verschiedensten Erscheinungen der modernen Zivilisation festmacht. Ein handfester Einfluß der Friedensbewegung auf die außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen des politischen Systems ist nicht zu erkennen. Keine der drei im Bundestag vertretenen Parteien, gerade auch die Sozialdemokratie nicht, denkt ernsthaft an eine Lockerung der Westintegration der Bundesrepublik.

Günstigenfalls wird sich aus der jetzigen Konstellation eine sachkundige Debatte über die Möglichkeiten zur Verbesserung der Verteidigung Westeuropas und der Bundesrepublik entwickeln. Das ist aber wenig wahrscheinlich.

Ungünstigenfalls wird der jetzige Zustand bis weit in die achtziger Jahre perpetuiert: der Zustand einer zwar nicht unüberwindlichen, aber breiten Verständnislücke zwischen dem politischen System der Bundesrepublik und einer beachtlichen außerparlamentarischen Minderheit, zwischen der Bundesregierung und der Regierung der USA und schließlich zwischen der Bundesregierung und der Regierung Frankreichs.

Für die Position des Westens innerhalb des Ost-West-Konflikts braucht sich die Friedensbewegung keineswegs als Schwachpunkt zu erweisen. Die weitaus überwiegende Zahl der Anhänger der Friedensbewegung ist sich in ihrer strikten Ablehnung des „real existierenden Sozialismus“ einig. Für die politische Auseinandersetzung mit der Friedensbewegung ist es deshalb ratsam, Pauschalvorwürfe und unbeweisbare Verdächtigungen zu unterlassen. Schließlich gibt die Friedensbewegung, wie ihre insgesamt ziemlich dilettantischen Strategiebeiträge anzeigen, wahrlich genügend Angriffspunkte für präzise und wirksame Kritik ab.

# Zur Soziologie der Friedensbewegung und des Jugendprotestes

## Strukturmerkmale — Inhalte — Folgewirkungen

Ausgangspunkt jeder ernsthaften Diskussion über jene friedens- und sicherheitspolitischen Fragestellungen, die seit Ende der siebziger Jahre verstärkt ins öffentliche Bewußtsein gerückt sind, muß die Erkenntnis sein, daß weder moralisch motivierte Friedenssehnsucht ohne Problemkenntnis noch die üblichen Rechtfertigungsformeln für die praktizierte Sicherheitspolitik die erforderlichen Einsichten in die wirkliche und vielschichtige Problematik vermitteln. In einer derart schwierigen und umfassenden Sache wie der Friedenssicherung und Verteidigung mit militärischen oder nichtmilitärischen Mitteln gibt es keine einfachen Lösungen — schon deshalb nicht, weil sich die Auffassungen von Staaten, Gruppen oder einzelnen Bürgern über Frieden und Sicherheit meist nicht zur Deckung bringen lassen. Ost und West haben aufgrund ihrer kontroversen politischen und ideologischen Interessenlagen, ihrer historischen Erfahrungen sowie ihrer geostrategischen Lage unterschiedliche, ja teilweise einander ausschließende Vorstellungen, wie sich Sicherheit und Frieden erreichen lassen. Dem menschlichen Grundbedürfnis nach bzw. der durchaus konkreten Wunschvorstellung von einer „Welt ohne Waffen“ steht zunächst der zweifellos problematische, aber sicherlich nicht zu bestreitende Grundtatbestand gegenüber, daß im politischen Alltag keine Einigkeit über Mittel, Wege und Ziele von Friedens- und Sicherheitspolitik besteht.

Es kann kaum bestritten werden, daß es in der Bundesrepublik Deutschland seit den fünfziger Jahren keine derart breite, nahezu alle Teile der Bevölkerung umfassende und die veröffentlichte Meinung miteinbeziehende Diskussion über die grundlegenden Fragestellungen westlicher Friedens- und Sicherheitspolitik mehr gegeben hat wie in den letzten beiden Jahren. Die dadurch „erzwungene“ stärkere Enttabuisierung und Öffnung der offiziellen Sicherheitspolitik scheint zu einer wesentlich größeren Sensibilisierung der Öffentlichkeit gegenüber existentiellen Themen wie Frieden, Rüstung und Sicherheit geführt zu haben. Wurden bisher Fragen nach Inhalt,

Sinn und praktischen Auswirkungen einer Verteidigung mit militärischen Mitteln, vor allem mit Atomwaffen, von der offiziellen Sicherheitspolitik und ihren Bürokratien häufig abgeblockt und von der breiten Öffentlichkeit entweder kaum zur Kenntnis genommen oder aber weitgehend verdrängt, so wirkt das vom einzelnen persönlich empfundene Informa-

### INHALT

- I. Antriebsmomente, Zielrichtung und Auswirkungen des jugendlichen Protestverhaltens
  1. Die „äußeren“ Ursachen
  2. Der (sozial-)psychologische Hintergrund
  3. Antriebsmomente und Inhalte der Jugendunruhen 1981/82
- II. Wichtige politische und soziale Bestimmungsfaktoren für das Aufkommen der „Friedensbewegung“ Ende der siebziger Jahre
- III. Grobstruktur der „Friedensbewegung“
- IV. Einige wesentliche Charakteristika der „Friedensbewegung“

tionsdefizit auf diesem Gebiet nun in wachsendem Umfang als Antriebsmoment für eine intensivere Beschäftigung mit dieser Thematik. Darin allein schon liegt ein eindeutig positiv zu bewertender Effekt, veranlaßt er doch die politisch und militärisch Verantwortlichen, anhand von differenzierten, überzeugenden und annehmbaren Sachargumenten mehr als bisher eine breit angelegte Diskussion zu führen.

Das Aufkommen einer sogenannten „Friedensbewegung“, welche die sicherheits- und friedenspolitische Debatte in den vergangenen zwei Jahren maßgeblich entfacht hat, wird vor dem Hintergrund dreier, durchaus parallel laufender Entwicklungen bzw. Ereignisse verständlich:

Einmal spielt offenbar das allgemeine Protestverhalten der Jugend — d. h. die zunehmende

Kluft, ja tiefgreifende Entfremdung zwischen offizieller Politik und größeren Teilen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen — eine wichtige Rolle; ein Protestverhalten, das in engem Zusammenhang mit erfahrbaren Veränderungen in der Lebenswelt der jungen Generation, die ein Teil der gesamtgesellschaftlichen Wirklichkeit ist, und den Auswirkungen dieser Veränderungen auf deren subjektive Situation steht.

Zweitens kam der Wandel von einer Phase der politischen und militärischen Entspannung, in der die heute 15- bis 25jährigen herangewachsen sind, zu einem Zeitabschnitt wachsender Spannung, Aufrüstung und Unsicherheit für zahlreiche junge Menschen so plötzlich, daß von einer Art „Schock“ gesprochen werden kann. Das instinktive Gefühl einer bedrohlichen Verschlechterung der internationalen Situation im Vergleich zu den Jahren vorher wurde in Form einer Rückkoppelung von der Medienberichterstattung, aber auch durch Äußerungen von Politikern selbst bestätigt und noch verstärkt.

Drittens hat der NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 (insbesondere dessen Nachrüstungsteil) diesen Eindruck symbolisch wie praktisch-politisch noch unterstrichen. Die Brüsseler Entscheidung löste nicht nur eine der heftigsten innenpolitischen Kontroversen seit Bestehen der Bundesrepublik aus, sondern verdeutlichte weit über die Grenzen unseres Landes hinaus das Ausmaß des lebensbedrohenden Risikos einer fortschreitenden atomaren Rüstung und die damit verbundene Betroffenheit jedes einzelnen.

Das allen drei Entwicklungen zugrundeliegende Bewußtsein kleiner gewordenen und kaum mehr beeinflussbarer Handlungsspielräume für die Politik, militärpolitischer Zwangsläufigkeiten und gemeinsamer Betroffenheit ist mit hoher Wahrscheinlichkeit der wichtigste Impuls für die Herausbildung und Entfaltung einer inzwischen stark angewachsenen „Friedensbewegung“.

Die Schwierigkeiten einer ersten Untersuchung dieser „Bewegung“ ergeben sich schon beim Versuch zu bestimmen, wie sie sich zusammensetzt, wer oder was für sie repräsentativ ist, welche einzelnen oder gemeinsamen Zielsetzungen sie verfolgt und was die ausschlaggebenden Beweggründe für ihr Engagement sind. Kann man überhaupt von einer einheitlichen und überschaubaren Bewegung mit deutlich identifizierbaren Vorstellungen und Absichten sprechen? Unterstellt der Begriff

„Friedensbewegung“ — der sich übrigens bereits im Jahre 1952 nachweisen läßt — nicht schon ein erkennbares Subjekt?

Eine Hypothese soll bereits an dieser Stelle gewagt werden:

Wie die öffentliche Diskussion der verschiedenen, teilweise extrem voneinander abweichenden alternativen Sicherheitsmodelle zeigt, besteht der kleinste gemeinsame Nenner, das einzige gemeinsame Band der vielfältigen „Friedensbewegung“ im Kampf gegen die Realisierung des Nachrüstungsbeschlusses, d. h. in der Verhinderung und Ablehnung der damit zusammenhängenden Maßnahmen. Zwischen den verschiedenen Positionen der einzelnen Gruppierungen sind kaum weitere grundsätzliche konzeptionelle Berührungspunkte auszumachen. Die bekanntgewordenen Alternativvorschläge unterscheiden sich weit stärker voneinander, als dies gemeinsame Kundgebungen und Meinungsäußerungen ahnen lassen. Die moralisch, ja radikal ethisch motivierte Forderung „zunächst“ nach einer Verhinderung neuer Atomraketen auf deutschem Boden, grundsätzlich aber nach einer anderen Sicherheitspolitik, läßt sich in fast allen Äußerungen der Bewegung dokumentieren. Von den vier von der Friedensbewegung am häufigsten diskutierten und vorgetragenen sicherheitspolitischen Alternativkonzepten — Auseinanderrücken der Blöcke bzw. atomwaffenfreies Europa, militärische Verteidigung nur mit Defensivwaffen, soziale Verteidigung und einseitige Abrüstung — bildet die Forderung nach einer „atomwaffenfreien Zone in Europa“ den wichtigsten konzeptionellen Berührungspunkt der einzelnen Flügel und Gruppen. Für dieses (Fern-)Ziel, dem sich auch einzelne Politiker von SPD und FDP zumindest verbal angeschlossen haben, wollen die meisten Aktivisten der Bewegung die Öffentlichkeit mobilisieren und um Unterstützung für eine Art „Nuklearpazifismus“ werben. Deutlich erkennbar ist die etwa im sogenannten „Friedensmanifest '82“ (formuliert um die Jahreswende 1981/82 in West-Berlin unter der Federführung von Heinrich Albertz, Erhard Eppler, Helmut Gollwitzer, Horst-Eberhard Richter u. a.) zum Ausdruck kommende Absicht der geistigen Köpfe der Friedensbewegung, über die Verhinderung der „Nachrüstung“ hinaus auf den ersten Blick utopisch erscheinende Fernziele, „konkrete Utopien“ anzusteuern, d. h. von der bloßen Verweigerung und Blockierung wegzukommen, hin zu einer humaneren Politik und Gesellschaft. Die Vision einer „Welt ohne Waffen“ ins Blickfeld

der praktischen Friedenspolitik zu rücken, sie zur Leitlinie jeder konkreten Sicherheitspolitik zu machen — dies scheint der größte Teil der Friedensbewegung auf seine Fahnen geschrieben zu haben.

Da Mitte 1980 von einer „Friedensbewegung“ noch nicht die Rede war, spricht vieles dafür, daß es sich bei diesem rasch angewachsenen Protestpotential um eine außerparlamentarische Volksbewegung, um eine echte Basisbewegung handelt, die weniger von der Einheit als von der Vielfalt lebt und Impulse von den verschiedensten Gruppierungen (politische, soziale, konfessionelle) und Fraktionen erhält. Einzelpersonen und Gruppen unterschiedlicher Herkunft, fast aller Altersklassen und mit teilweise völlig gegensätzlichen Zielen und Programmen haben sich zusammengefunden, um eine nach ihrer Meinung neue gefährliche Dimension atomarer Gefahr von deutschem Territorium fernzuhalten. Die Stärke und das Hauptmerkmal der „Friedensbewegung“, ihre Vielfältigkeit, ist gleichzeitig auch ihre Schwäche: Regionalisierung und Aufspaltung in einzelne Gruppen und Grüppchen bedeuten in der Praxis Minderung ihrer öffentlichen Breitenwirkung, Orientierungslosigkeit und mangelhafte organisatorische Durchsetzungsfähigkeit. Dennoch, so scheint es, ist sie auf dem Wege, politischen und sozialen Strömungen zum Durchbruch zu verhelfen, die sich im Parlament und innerhalb der Parteien nicht entfalten können. Damit läßt sich erneut ein Eindringen gesellschaftlicher Bewegungen auch in die internationale Politik und Diplomatie beobachten.

Die Unabhängigkeit der „Friedensbewegung“ insgesamt dokumentierte sich wiederholt in der erfolgreichen Abwehr von Versuchen einzelner Gruppen (Grüne, DKP), die Bewegung in bestimmte politische Richtungen zu lenken.

Bereits an diesem Punkt taucht fast zwangsläufig die Frage nach einer möglichen Steuerung der „Friedensbewegung“ auf, die immer dann in den Vordergrund rückt, wenn sich eine schnell angeschwollene Massenbewegung den allgemeinen öffentlichen Erklärungsmustern entzieht. Gerade weil die Frage einer Beeinflussung von außen in der öffentlichen Diskussion insbesondere parteipolitisch kontrovers beantwortet wird — und dies mit zum Teil sehr fragwürdigem Beweismaterial —, soll im folgenden auf einige Aussagen kompetenter Stellen zurückgegriffen werden.

Zwei parlamentarische Anfragen zu diesem Thema von CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten beantwortete der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, von Schoeler, am 1. September und 13. November 1981 mit dem Hinweis, daß der Bundesregierung bzw. dem Bundesamt für Verfassungsschutz keine Erkenntnisse vorlägen, wonach Friedensbewegungen in der Bundesrepublik Deutschland durch den sowjetischen (Geheimdienst) KGB gesteuert würden bzw. eine finanzielle Förderung der Friedensbewegung aus Moskau erfolge<sup>1)</sup>.

Anfang Dezember 1981 meldete die Deutsche Presseagentur (dpa), die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern seien aufgrund langer Beobachtungen und Ermittlungen zu der Schlußfolgerung gelangt, orthodoxe Kommunisten (DKP und ihre Nebenorganisationen) bildeten zwar eine zahlenmäßige Minderheit, stellten aber die „größte geschlossene und aktivste Gruppierung“ in der Bewegung dar. Allerdings sei zweifelhaft, ob es der DKP gelingen werde, die Friedensbewegung für andere kommunistische Nahziele zu gewinnen<sup>2)</sup>.

Der Präsident des Kölner Bundesamtes für Verfassungsschutz, Richard Meier, erklärte Mitte Januar 1982, entgegen anderslautender Meldungen steuere der sowjetische Geheimdienst KGB die Friedensbewegung nicht (um das Gewicht seiner Aussage offenbar noch zu unterstreichen, verwies Meier darauf, kein Nachrichtendienst der westlichen Welt habe so viele Spionagefälle aufgedeckt wie der westdeutsche Verfassungsschutz<sup>3)</sup>).

Bundesinnenminister Baum hat in seiner schriftlichen Antwort vom 19. Januar 1982 namens der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten zu dieser Thematik betont, daß es bei Aktionen gegen den NATO-Doppelbeschluß „zu unterschiedlichen Formen des Zusammenwirkens von orthodoxen Kommunisten und Nichtkommunisten gekommen“ sei. „Die weit- aus überwiegende Mehrheit der Teilnehmer der Demonstration vom 10. Oktober 1981 lehnt kommunistische Zielsetzungen ab. Unsere freiheitliche Demokratie muß das friedliche Engagement von Bürgern auch dann ernst

1) Innere Sicherheit. Informationen des Bundesministers des Innern, Nr. 60, Erscheinungstag: 10. Dezember 1981, S. 19 und 21.

2) „Süddeutsche Zeitung“, 9. Dezember 1981, S. 8.

3) „Süddeutsche Zeitung“, 16./17. Januar 1982, S. 8.

nehmen, wenn Kommunisten mitmarschieren oder mitorganisieren.“<sup>4)</sup>

Es spricht angesichts dieser Einschätzungen vieles dafür, daß die inzwischen auf schätzungsweise weit über 2 Millionen „Mitglieder“ und Aktivisten angewachsene Bewegung längst zu groß und (auch politisch) zu vielschichtig geworden ist, als daß sie überhaupt noch von einer Seite „fernzusteuern“ wäre. Auch die Anerkennung der kommunistischen Gruppierungen, die bisher Randgruppen geblieben sind, als gleichberechtigte Partner durch andere beteiligte Kräfte der Friedensbewegung muß den moskautreuen Kommunisten nicht automatisch und unbedingt die Chance einräumen, ihre politische Isolierung auch in anderen Bereichen zu durchbrechen. Alle bekanntgewordenen Versuche der DKP (vor allem ihrer jüngeren Mitglieder), „Friedensgruppen“ zu dominieren, sind — soweit erkennbar — bisher fehlgeschlagen. Kommunisten, so lassen sich die vorliegenden Daten und Beobachtungen zusammenfassen, sind dabei, marschieren und organisieren mit, aber weder prägen sie das Gesamtbild der Friedensbewegung noch haben sie ihr den Anstoß gegeben.

Unbestreitbar stellt sich für die Atomwaffengegner grundsätzlich die Frage der „Bündnispolitik“, d. h. der Abgrenzung gegenüber jenen Teilen der Friedensbewegung, die der offiziellen sowjetischen Position in der Nachrüstungsdiskussion einseitig Gehör und Geltung verschaffen wollen und mittels Schwarzweißdeutungen nur die Rüstung des östlichen Bündnisses als „objektiv friedenserhaltend“ darstellen. Auch von Friedensforschern, die der „Friedensbewegung“ durchaus zustimmend gegenüberstehen, ist die illusionäre Einschätzung der sowjetischen Rüstungsdynamik und Rüstungspolitik durch große Teile der Bewegung kritisiert worden<sup>5)</sup>. Die teilweise völlige Ausblendung des Machtfaktors Sowjetunion, ihres Kräftepotentials, ihrer Interessenausrichtung und ihrer Herrschaftsordnung

kennzeichnet die reduzierte Wahrnehmung der Realität durch nicht wenige Anhänger der Bewegung.

Obwohl die empirische Sozialforschung die studentische Protestbewegung Ende der sechziger Jahre nicht rechtzeitig erkannte und herkömmliche repräsentative Befragungen häufig nicht auf die Lebenspraxis der jugendlichen Zielgruppen zugeschnitten sind (was allerdings für die letzte der beiden umfangreichen Shell-Studien von 1979 und 1981 nicht zutrifft), bieten sich für eine Untersuchung des Potentials der Friedensbewegung zahlreiche empirische Erhebungen aus der letzten Zeit an. Vor allem aus der breit angelegten demoskopischen Umfrage des Bielefelder EMNID-Instituts, die in der ersten Oktoberhälfte 1981 durchgeführt wurde, läßt sich ein erstes aufschlußreiches Bild ermitteln<sup>6)</sup>.

Als „potentiell Aktiver“ der Bewegung läßt sich demnach jemand bezeichnen, der in der Regel das folgende Profil aufweist:

- unter 36 Jahre alt
- höhere Schulbildung (Abitur)
- kein fester CDU/CSU-Wähler
- „postmaterialistische“ (d. h. nicht-materielle) Einstellung
- Tendenz zu Formen „unkonventionellen Verhaltens“ (Demonstrationen, Bürgerinitiativen etc.).

Lediglich 9 Prozent der insgesamt befragten Bundesbürger bilden das aktive Handlungspotential der Friedensbewegung; die passiven Befürworter der Bewegung stellen mit 39 Prozent die größte Gruppe. 74 Prozent aller Befragten lehnen jede Form von Gewalt ab; die Gewaltbereitschaft wird offensichtlich häufig überschätzt (dieses Ergebnis haben übrigens auch Untersuchungen der Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen allgemein erbracht)<sup>7)</sup>.

Nachdem die EMNID-Daten neben anderen Erhebungen außerdem belegen, daß die allgemeine Politikverdrossenheit in der Alters-

<sup>4)</sup> Bundestagsdrucksache 9/1287 vom 20. 1. 1982, S. 2.

<sup>5)</sup> So vor allem der sehr differenziert argumentierende Frankfurter Friedensforscher Gert Krell, Plädoyer für Rüstungskontrolle. Zur Kontroverse um die „Nachrüstung“, HSFK-Forschungsbericht 3/1981, Frankfurt a. M., September 1981, S. 8. Zur Einwirkung der UdSSR auf die Friedensbewegung und deren Wahrnehmung des sowjetischen Machtpotentials siehe jetzt auch Gerhard Wettig, Die Friedensbewegung der beginnenden 80er Jahre, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, Nr. 9/1982.

<sup>6)</sup> Die für den SPIEGEL durchgeführte Umfrage des EMNID-Instituts — die bisher umfassendste Untersuchung über die friedens- und sicherheitspolitische Thematik — ist dreiteilig abgedruckt in den SPIEGEL-Ausgaben Nr. 48 vom 23. November 1981 (S. 56—70), Nr. 49 vom 30. November 1981 (S. 94—106) und Nr. 50 vom 7. Dezember 1981 (S. 85—101).

<sup>7)</sup> Ebd., SPIEGEL Nr. 48/1981, S. 63—70; ferner: Jugend in der Bundesrepublik heute — Aufbruch oder Verweigerung, Hrsg.: Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Bonn, November 1981, S. 31.

gruppe bis 25 Jahre am größten ist und der von der Friedensbewegung aufgegriffene Interessensbereich „Frieden — Sicherheit — Abrüstung“ anderen Untersuchungen zufolge das bedeutendste politische Thema der jungen Generation verkörpert, soll zunächst nach Ur-

sachen und Wirkungen des allgemeinen jugendlichen Verweigerungsverhaltens in der Bundesrepublik gefragt werden. Nur vor diesem Hintergrund lassen sich Motive, Strukturen und Denkweisen der Friedensbewegung besser verstehen<sup>9)</sup>.

## I. Antriebsmomente, Zielrichtung und Auswirkungen des jugendlichen Protestverhaltens

### 1. Die „äußeren“ Ursachen

Die vorliegenden Daten und Erfahrungen deuten auf einen engen Zusammenhang zwischen dem Protestverhalten der jungen Generation, ihrem Pendeln zwischen „Aufbruch und Verweigerung“ und den Auswirkungen der Veränderungen in der Lebenswelt von Jugendlichen auf deren individuelle Situation. Die wichtigsten und folgenreichsten Veränderungen betreffen die Themen- und Erfahrungsbereiche

- Lebensqualität
- Bildung, Ausbildung, Berufsperspektive
- Familie
- Freizeit
- Entwicklung in den Städten
- Wertesystem (Einstellungen zum Lebensstandard etc.)
- Politik.

Die Mehrheit der jungen Generation sieht die Zukunft der Gesellschaft pessimistisch und düster. Bei über drei Vierteln der Jugendli-

chen und jungen Erwachsenen zwischen 15 und 25 Jahren — in dieser Phase vollzieht sich für die Mehrheit der Jugend der Umschwung vom Schülerstatus zum Nicht-mehr-Schüler — ist der Glaube, mit der Technologie auch menschlichen Fortschritt weiterzuentwickeln, stark erschüttert worden: 95 Prozent rechnen nicht damit, daß Kriege abgeschafft werden und es eine sorgenfreie Gesellschaft geben wird; 78 Prozent erwarten zukünftig nicht mehr Gleichheit unter den Menschen; 80 Prozent halten Rohstoffknappheit, Wirtschaftskrisen und Hungersnöte für wahrscheinlich; 76 Prozent erachten Technik und Chemie als umweltzerstörend<sup>9)</sup>. Die industrielle Zivilisation hat für sie deutlich an Attraktivität verloren. Der enorme Pessimismus der jungen Generation spiegelt nicht nur spezifische Zukunftsvorstellungen und eher abstrakt-theoretische Einstellungen wider, sondern wirkt tief in die heutige Lebenspraxis der Jugendlichen hinein, prägt und steuert ihre Grundhaltungen in der Gegenwart. Aus allen empirischen Untersuchungen läßt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen düsteren Zukunftserwartungen und der Bereitschaft zu Kritik und Widerstand herstellen. Mit zunehmendem Bildungsstand steigen nicht nur Skepsis und Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen, sondern auch die Neigung zu „unkonventionellen“ Protestformen; je pessimistischer die Zukunftsvorstellungen, desto häufiger und engagierter die Unterstützung oder Teilnahme an neuen politischen Protestbewegungen wie Hausbesetzer, Kernkraft- und Startbahngegner etc.

Das Mißtrauen junger Leute stützt sich insbesondere auf die Vermutung, die Erwachsenen beuteten Lebensraum und Ressourcen ohne Rücksicht auf die Zukunft aus. Ein Teil der Jugend erlebt die Älteren als Übermächtige und Fremde, mißtraut ihnen und schließt sich von

<sup>9)</sup> Vgl. hierzu neben der genannten EMNID-Umfrage vor allem die beiden detaillierten Untersuchungen des Jugendwerks der Deutschen Shell von 1979 (Die Einstellung der jungen Generation zur Arbeitswelt und Wirtschaftsordnung, Hamburg 1980) und 1981 (Jugend '81: Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder, 3 Bände, Hamburg 1981); ferner die beiden Studien des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit aus dem Jahr 1981: Jugend in der Bundesrepublik heute, a. a. O., und Zur alternativen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/81, vom 26. September 1981, sowie Walter Jaide, Polaritäten bejahen und fruchtbar machen, in: Informationen 2/81, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München 1981, S. 8—15, Walter Hornstein, Jugendprobleme, Jugendforschung und politisches Handeln, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3/82, vom 23. Januar 1982, und Walter Jacobsen/Klaus-Dieter Hartmann, Wertewandel und Erziehung, ebd. Eingeflossen sind darüber hinaus — neben eigenen — auch Informationen und Erfahrungen von Vertretern der praktischen politischen, sozialen und konfessionellen Jugendarbeit.

<sup>9)</sup> Shell-Studie „Jugend '81“, Band 1, a. a. O., S. 15.

der Erwachsenenwelt ab („Jugendzentrismus“).

Obwohl das *Bildungswesen* in den sechziger und vor allem siebziger Jahren großzügig ausgebaut wurde und niemals zuvor mehr Jugendliche eine so qualifizierte Schul- und Berufsausbildung wie heute genossen haben, ist die Berufsperspektive durch die rasch ansteigende Jugendarbeitslosigkeit (bei unter 20-jährigen betrug sie im Januar 1982 7,6 Prozent; im Juni 1981 lag sie noch bei 3,9 Prozent) schlechter geworden. Die Prognosen klingen wegen der geburtenstarken Jahrgänge besonders düster. Trotz wesentlich geringerer Berufschancen streben Eltern und Schüler immer höhere Schulabschlüsse an; der „Schock“ des Eintritts in das Arbeitsleben zögert sich dadurch erheblich hinaus; eine seit den siebziger Jahren feststellbare „Nach-Jugendphase“ (Post-Adoleszenz) tritt zwischen Jugend und soziales Erwachsensein — mit allen Folgewirkungen für die individuelle Persönlichkeitsentwicklung.

Die politisch Verantwortlichen haben offenbar verkannt, daß der Verdrängungsprozeß der weniger Qualifizierten durch Gleichaltrige mit höherer Bildung das Selbstwertgefühl des einzelnen massiv beeinträchtigt und ein arbeitsloser Jugendlicher von der wichtigsten Form der Teilnahme am Leben der Gemeinschaft, der Mitarbeit, ausgeschlossen ist. Aufgrund von Arbeit werden Lebenschancen verteilt. Der Arbeitsplatzbesitzer schottet sich gegenüber dem Arbeitslosen ab, der Gutverdienende gegenüber dem Schlechtverdienenden; die Gesellschaft insgesamt scheint in „Segmente“ zu zerfallen. Eine in ihren Auswirkungen nicht abzuschätzende Belastung des Verhältnisses von jungen Menschen zur übrigen Gesellschaft liegt hier begründet. Jeder seines Glückes Schmied — so wird auch von Jugendlichen gefragt —, ist das wirklich soziale Gerechtigkeit?

Die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes nimmt in der Prioritätenliste von Jugendlichen und in deren Wertesystem nach dem Schutz der Umwelt bzw. der Erhaltung der Lebensqualität den zweiten Platz ein<sup>10)</sup>.

Auch im Bereich der *Familie* haben sich erhebliche Veränderungen vollzogen, die sich vorwiegend aus der Zunahme der Ein-Kind-Familien, der unvollständigen Familien und der berufstätigen Familien ergeben. Die auch

dadurch bedingte Ausklammerung der Großelterngeneration aus dem täglichen Lebenszusammenhang vermindert die Erfahrung des Aufeinanderangewiesenseins der Generationen<sup>11)</sup>. Berufstätige Eltern oder Elternteile sehen sich in einer sich rasch wandelnden Gesellschaft in der Aufgabe überfordert, ihren Kindern eine inhaltliche Orientierung zu vermitteln. Dieses Defizit wird immer häufiger durch materielle Versorgung und Verwöhnung ausgeglichen. Jugendliche stellen heute die elterliche Autorität stärker in Frage als früher; ein eigener Standpunkt wird früher artikuliert; der Zugang zu den „Privilegien“ der Erwachsenen (Statussymbole, „Vergnügungen“ etc) hat sich vorverlagert.

Im Bereich der *Freizeitgestaltung* ist eine Verdoppelung des Medienkonsums von Jugendlichen seit Mitte der sechziger Jahre zu verzeichnen, was zu einem größeren Einfluß der sogenannten „Bewußtseinsindustrie“ auf den einzelnen geführt hat. Der Freizeittrend verläuft zuungunsten von aktiver geistiger Beschäftigung („Musikhören“ wird von den befragten 12- bis 23jährigen als wichtigste Freizeitbeschäftigung angegeben) und fördert eher passive Zerstreuung und Unterhaltung. Gerade beim passiven Medienkonsum machen junge Menschen die für ihre späteren Einstellungen und Aktivitäten wesentliche Erfahrung, daß ungewöhnliches, „unnormales“ Verhalten von den Massenmedien mit erhöhter Aufmerksamkeit belohnt wird und in der Regel nur die Abweichung von der gesellschaftlichen Norm Nachrichtenwert hat.

Auch die Entwicklung in den *städtischen Ballungszentren*, der heute „natürlichen“ physischen Umwelt für heranwachsende Jugendliche, stellt vor allem junge Menschen vor erhebliche Probleme:

Der preiswerte Wohnungsbestand hat abgenommen, flächendeckende Sanierungen machen die Entwicklung von neuen Wohn- und Lebensformen fast unmöglich, die Schwachen am Markt (dazu gehören gerade auch junge Wohnungssuchende) werden durch hohe Mieten zunehmend verdrängt. Es ist daher nur verständlich, wenn junge Erwachsene zwischen 18 und 24 Jahren Reformen bei Miet- und Grundstückspreisen sowie beim sozialen Wohnungsbau für wesentlich dringlicher halten als die Gesamtbevölkerung.

Eine entscheidende Veränderung vollzog sich im *Wertesystem*, in der Einstellung zum mate-

<sup>10)</sup> Shell-Studie 1979, a. a. O., S. 18ff.; ferner: Jugend in der Bundesrepublik heute, a. a. O., S. 8.

<sup>11)</sup> Ebd., S. 14ff., sowie Shell-Studie „Jugend '81“, Band 1, a. a. O., S. 94ff.

riellen wie nicht-materiellen Lebensstandard (Sozialwissenschaftler haben für den Begriff der „Lebensqualität“ folgende Kriterien gefunden: ausreichende und ausgewogene Versorgung, größere Verteilungsgerechtigkeit, wachsende Beteiligungschancen, persönliche Zufriedenheit<sup>12)</sup>). Seit Ende der sechziger bzw. Anfang der siebziger Jahre hat eine deutliche Verschiebung in der Werterangfolge insbesondere der 15- bis 24jährigen stattgefunden. Sozialwissenschaftler und Demoskopien diagnostizieren eine „stille Revolution“ der Bedürfnisse, Erwartungen und Wertorientierungen in Richtung auf eine steigende Bedeutung von „postmateriellen“, d. h. immateriellen, eher geistig-ideellen Werten: Persönliche Selbstverwirklichung, Solidarität und Mitwirkung an politischen und sozialen Entscheidungsprozessen spielen eine erheblich größere Rolle als materieller Wohlstand, Sicherheit und Konsumorientierung und nehmen in der persönlichen Wunschkala Vorrang ein<sup>13)</sup>. Dies erscheint um so bemerkenswerter, als die heute 20jährigen, die „Kinder des Wachstums“, in Stabilität und Wohlstand, die selbstverständlich waren, aufgewachsen sind und ihre Vorstellungen von einem verbreiteten Anspruchsdenken geprägt wurden. Eher abstrakte Begriffe wie „Frieden“ und „Freiheit“ sind von dieser Generation nicht als Summe von Erfahrungen ihrer Verneinung erlebt worden und haben deshalb an Ausstrahlungskraft verloren. Detaillierte Forschungen lassen im Prozeß der Umschichtung der Werte ein Generationengefälle erkennen:

Während die Älteren noch fast ausschließlich auf materielle Werte fixiert sind, zeichnet sich ein beinahe radikaler Bewußtseinswandel bei den jüngeren Altersgruppen ab, der als aufschlußreiches Signal für die künftige Politik gewertet werden muß. Für einen Teil der Jugendlichen wie auch für immer mehr Hochschulabsolventen bedeutet „Karriere“, d. h. ein „normaler“ Werdegang oder herkömmlicher Lebensentwurf, nicht mehr das wichtigste, sondern eher freie, private Lebensgestaltung ohne die üblichen Zwänge und Anpassungs-

prozesse. Eine „Durchschnittsbiographie“ erscheint nicht mehr besonders attraktiv.

Auch in Verhaltensmustern Jugendlicher gegenüber der Politik verdienen einige interessante Beobachtungen Aufmerksamkeit: Eine relativ breite Zustimmung zum demokratischen System der Bundesrepublik Deutschland ergibt sich aus einer positiven Grundeinstellung von ca. 60 bis 70 Prozent (manche Untersuchungen sprechen sogar von 87 bis 90 Prozent), bei deutlich erkennbarer Kritik im einzelnen. Die Zustimmungquote liegt damit höher als in anderen westlichen Demokratien<sup>14)</sup>. Die politisch motivierte und fordernde Generation der Studentenbewegung von 1968/69 ist offenkundig von einer Generation abgelöst worden, die zum „Marsch aus den Institutionen“ neigt. 80 Prozent der befragten Jugendlichen waren 1979 mit dem Wirtschaftssystem der Bundesrepublik „im großen und ganzen zufrieden“, 1973 waren es nur 70 Prozent<sup>15)</sup>.

Auch bei der Einordnung junger Menschen in die bestehende Parteienlandschaft ergeben sich bemerkenswerte Resultate. Auf die Frage, welche politische Gruppierung ihnen alles in allem am nächsten stehe (gefragt wurde also *nicht* nach einer potentiellen Wahlentscheidung), entschieden sich 24 Prozent der Befragten für die SPD, 20 Prozent für die „Grünen“, 18 Prozent für die CDU/CSU und 6 Prozent für die FDP; auf alle anderen Gruppierungen (DKP, KBW, NPD und Freie Wählervereinigungen) entfielen jeweils weniger als 0,5 Prozent<sup>16)</sup>. Zwei Schlüsse lassen sich aus diesen Erhebungen ziehen: „Die Grünen“ verfügen bei den Jugendlichen über große Sympathien, während extrem linke und rechte Gruppen auf keinerlei Resonanz stoßen.

Unmittelbar mit dieser Aussage verknüpft ist die für die Rekrutierung von Reservisten für die Friedensbewegung wichtige Frage nach der Bedeutung von Protestbewegungen für die junge Generation. Engagierte Protestbewegungen (und damit sicherlich auch die vielschichtige „Friedensbewegung“) stoßen bei den Jugendlichen allgemein, die in ihrer Mehrheit kaum von der offiziellen Politik Notiz nehmen (eine wachsende Zahl geht nicht

<sup>12)</sup> Wolfgang Zapf (Hrsg.), Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Sozialer Wandel und Wohlfahrtentwicklung, Frankfurt a. M. 1977.

<sup>13)</sup> Vgl. hierzu insbesondere das Standardwerk des amerikanischen Sozialwissenschaftlers Ronald Inglehart, *The silent revolution. Changing values and political styles among Western Publics*, Princeton 1977, sowie Elisabeth Noelle-Neumann, *Die stille Revolution — Wandlungen im Bewußtsein der deutschen Bevölkerung*, in: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie, Band 7, Wien u. a. 1977.

<sup>14)</sup> Walter Jaide, *Polaritäten bejahen*, a. a. O., S. 11—12, sowie: *Jugend in der Bundesrepublik heute*, a. a. O., S. 6—7, und Stephanie Hansen/Hans-Joachim Veen, *Auf der Suche nach dem privaten Glück*, in: DIE ZEIT, Nr. 27, 5. September 1980, S. 16.

<sup>15)</sup> Shell-Studie 1979, a. a. O., S. 69.

<sup>16)</sup> Shell-Studie „Jugend '81“, Band 1, a. a. O., S. 16.

mehr zur Wahl), auf viel Sympathie. 50 bis 80 Prozent stehen Umweltschützern, Alternativen, Hausbesetzern und Kernkraftgegnern positiv gegenüber<sup>17)</sup>. Je mehr sich große Teile der jungen Generation von der offiziellen Politik und den sie tragenden Parteien abwenden, desto eindringlicher wird die Suche nach einer anderen Identität.

Vor allem drei Kritikpunkte werden von Jugendlichen gegen „die Politik“ immer wieder vorgebracht: Die Unüberschaubarkeit von Politik, Staat und Bürokratie mache es schwierig, verantwortliche Gesprächspartner zu finden; zweitens die Handhabung des Rechts als Mittel zur Durchsetzung der Interessen von politisch und wirtschaftlich mächtigen Einzelpersonen und Gruppen; drittens schließlich die Tatsache, daß die Erwachsenen grundsätzlich die vorhandenen gesellschaftlichen Widersprüche passiv, d. h. als gegeben hinnehmen. Das insbesondere in Protestgruppen verbreitete Gefühl der moralischen Überlegenheit hat hier seine Wurzeln: Nur die nicht angepaßten Jugendlichen seien noch fähig dazu, diese Widersprüche wahrzunehmen und eine besondere Sensibilität für die notwendige Problemlösung zu entwickeln.

Als Hauptwidersprüche werden genannt:

— Steigende Rüstungsausgaben und wachsende Lebensmittelberge einerseits, Hunger und Massenelend in den Entwicklungsländern andererseits;

— radikale Ahndung von Straftaten Jugendlicher (Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung etc.) einerseits, zunehmende „Gesellschaftsfähigkeit“ von Wirtschaftsverbrechen andererseits;

— Gerechtigkeit und Solidarität sind nur abstrakte Floskeln, während in der Praxis häufig Entscheidungen zugunsten mächtiger Interessengruppen gefällt werden.

Miteinzubeziehen in das Spannungsverhältnis zwischen offizieller Politik und größeren Teilen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist das oft diskutierte, aber häufig überschätzte Problem der (auch politisch motivierten) Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen. Auf die durch den Medienkonsum offen zu Tage tretenden Auswahlmechanismen der Massenmedien, ungewöhnliches, der Norm widersprechendes Verhalten gerade von Jugendlichen mit erhöhter Aufmerksamkeit zu „belohnen“, wurde bereits hingewiesen. Es ist

hinreichend belegt, daß die Medienberichterstattung tatsächliche Vorfälle, bei denen Gewalt praktiziert wird, verzerrt wiedergibt. Gewaltanwendung bei Demonstrationen (Brokdorf, Gorleben, Startbahn West, Hausbesetzungen), in rechtsradikalen Gruppierungen (Wehrsportgruppe Hoffmann, Junge Nationaldemokraten), in der Drogenszene oder in Fußballstadien ist *nicht* repräsentativ für eine generelle Gewaltbereitschaft. Bei Zusammenstößen mit den Sicherheitsorganen wird das Gesamtbild von jenen kleinen Demonstrationsgruppen bestimmt, die Konflikt und Krawall um fast jeden Preis suchen und dadurch besondere Aufmerksamkeit der begleitenden Medien genießen. Insgesamt kann ein Zusammenhang zwischen dem Ausbleiben von Reaktionen der politischen Institutionen auf gesellschaftliche Fehlentwicklungen, auf die zunächst mit üblichen Mitteln von den Jugendlichen aufmerksam gemacht wurde, und einem Ansteigen der Gewaltbereitschaft hergestellt werden. Jugendliche mit Abitur, Studium oder Hochschulabschluß weisen eine deutlich größere Bereitschaft zu unkonventionellen, ungewohnten Protestformen auf: 20 bis 30 Prozent der besser ausgebildeten sprechen sich — gegenüber 13 bis 17 Prozent der übrigen Jugendlichen — für derartige Aktionen aus; allerdings gilt dies nicht für Aktivitäten, die von Anfang an eine gewaltsame Konfrontation einschließen. Die Notwendigkeit von Gewaltanwendung bejahen nur 3 Prozent der Jugendlichen und 4 Prozent der Studierenden. 92 Prozent der Studenten und 93 Prozent ihrer übrigen Altersgenossen lehnen Gewalt als letztes Mittel der Politik ab (Daten aus der Ursachenforschung „Terrorismus“ des Bundesinnenministeriums<sup>18)</sup>).

Das Interessengebiet „Frieden, Sicherheit und Abrüstung“ stellt für die junge Generation das wichtigste Thema dar (im Gegensatz zur Gesamtbevölkerung, für die Ende 1981 Arbeitslosigkeit und steigende Energiekosten noch bedeutender waren<sup>19)</sup>). Allerdings nannten in einer INFAS-Umfrage vom Januar 1982 80 Prozent der Bundesbürger die Friedenssicherung als eines der wichtigsten politischen Anliegen; für 67 Prozent hatte die soziale Sicherung Priorität, 58 Prozent hielten die wirtschaftliche Sicherung für wichtiger). In Argumentation und praktischen Verhaltensweisen der

<sup>18)</sup> Jugend in der Bundesrepublik heute, a. a. O., S. 31—32.

<sup>19)</sup> Umfrage des Hamburger Sample Instituts für den STERN, abgedruckt in: STERN, Nr. 51 vom 10.—16. Dezember 1981, S. 86.

<sup>17)</sup> Ebd., S. 16.

Generation unter 25 Jahren lassen sich einige typische Tendenzen erkennen:

— Die aktuelle sicherheitspolitische Auseinandersetzung wird relativ wissensarm geführt (ein Indiz dafür, wie sehr die Themen Frieden und Sicherheit in der Schul- und Ausbildung, aber auch in der öffentlichen Diskussion seit langer Zeit vernachlässigt worden sind).

— Viele jugendliche Diskussionspartner überschätzen, mangels eigener Sachkenntnis, den eigenstaatlichen Handlungsspielraum der Bundesrepublik Deutschland (Folgen des verlorenen Krieges, Bündnisverpflichtungen, wirtschaftliche Abhängigkeit, handels- und währungspolitische Verflechtungen).

— Ablauf und Muster der Debatten mit Jugendlichen lassen deutlich werden, daß militärstrategische Begründungen und Sachinformationen über die westliche und östliche Rüstungspolitik nur sehr schwer vermittelbar sind (interessant ist daher das INFAS-Umfrageergebnis, wonach immerhin 77 Prozent der 17- bis 19jährigen bereit sind, Wehrdienst zu leisten).

## 2. Der (sozial-)psychologische Hintergrund

In der veröffentlichten Meinung sind drei große Motivstränge des gegenwärtigen Protestverhaltens und — als Teil von ihm — der „Friedensbewegung“ genannt worden<sup>20</sup>:

— Anti-Modernismus (d. h. die Ablehnung der Wachstums- und Wegwerfgesellschaft)

— Anti-Nuklearismus (d. h. die Kernkraftgegnerschaft)

— Pazifismus (die Ablehnung des Krieges aus religiösen oder ethischen Gründen).

Ob diese ziemlich pauschale Unterteilung der Antriebskräfte von Protest und Verweigerung den Kern trifft oder eine eher willkürliche Etikettierung darstellt, soll zunächst offenbleiben. Hilfreicher erscheint vielmehr eine Aufteilung des jugendlichen Protestverhaltens in Anlässe, Gründe, Zielrichtung und Hintergrundmotive.

Zu den *Anlässen*: Sie können von einer Mittelkürzung für oder Schließung von Jugendzentren (Zürich, Freiburg, Nürnberg) über Räumungen besetzter Häuser bis hin zu Todesfällen von Gleichgesinnten (Berlin) reichen.

Auch *Gründe* lassen sich fast immer finden: Vietnamkrieg, Notstandsgesetze, Kernkraft-

<sup>20</sup> Theo Sommer, Ist alles anti, was Kritik ist?, in: DIE ZEIT, Nr. 36 vom 28. August 1981, S. 1.

werke, Wohnungspolitik, atomare Rüstung etc.

Ebenso können über die *Zielrichtung* des aktuellen Protests vor dem Hintergrund bisheriger Beobachtungen recht genaue Aussagen formuliert werden:

Auflehnung und Verweigerung richten sich nicht in erster Linie gegen politische Institutionen und staatliche Organe, gegen das „System“ schlechthin (wie zur Zeit der antiautoritären Studentenbewegung von 1968/69, die sich eine umwälzende gesellschaftliche Erneuerung zum Ziel gesetzt hatte). Sie wendet sich auch nicht gegen politische und soziale Grundwertevorstellungen, wie die breite Zustimmung zum politischen und wirtschaftlichen System der Bundesrepublik klar belegt hat, eher gegen die *Nichtverwirklichung* dieser Grundrechte und Ausgestaltungsgrundsätze. Zielrichtung des Jugendprotestes ist das für den einzelnen jeweils im Alltag unmittelbar Erfahrbare, Erlebte, Nachvollziehbare wie beispielsweise die ständig steigende Umweltbelastung, das Fehlen ausreichender Ausbildungsplätze, die Kürzung von Ausbildungsbeihilfen, die sich in Großstädten ausbreitende Wohnungsnot, der Bau von Kernkraftwerken und Startbahnen, die häufig nicht einsehbare Rodung von Wäldern etc.

Für das Gesamtbild des Protestverhaltens kommt der Frage nach dessen „inneren“ Antriebsmomenten, nach dem *psychologischen Hintergrund* ausschlaggebende Bedeutung zu. Eine erste Analyse des bisher gewonnenen Datenmaterials ergibt ein aufschlußreiches Ergebnis:

Die heranwachsende Generation zeichnet sich heute durch ein früheres körperliches Erwachsenwerden aus, während sich das soziale Erwachsenwerden immer länger hinauszögert. Schulausbildung, Berufsausbildung und Studium dauern immer länger. Die Struktur der Arbeitsplätze legt langjährige Ausbildungsgänge nahe, der Eintritt in eine Erwerbsposition schiebt sich hinaus. Feststellbar ist grundsätzlich eine deutliche Verlängerung des Aufenthalt von Heranwachsenden in pädagogischen Einrichtungen, die auch den Arbeitsmarkt entlastet. Trotz schlechter Berufschancen und Perspektiven streben Schüler und Eltern immer höhere Schulabschlüsse an. Das Motiv hierfür liegt in der Absicht der Betroffenen, einmal generell die Risiken einer Arbeitslosigkeit so weit wie möglich zu vermindern und zweitens angesichts des harten Verdrängungswettbewerbs in sozial herausgehobene Positionen zu gelangen.

Logische Konsequenz dieser Entwicklung ist, daß sich der „Schock“ des Eintritts ins Arbeitsleben hinausschiebt, dadurch aber nichts von seiner Heftigkeit einbüßt. Im Gegenteil: Zwischen Reife und Erwachsenenleben, zwischen Jugend und Erwachsensein öffnet sich ein immer breiteres Niemandsland. In diese Lücke tritt eine neue, gesellschaftlich geregelte Altersstufe. Immer mehr Menschen treten nach ihrer Jugendzeit als Schüler nicht ins Erwachsensein, sondern in eine Nach-Phase des Jungseins über. Diesen neuartigen Zeitabschnitt, der das Leben etwa im dritten Lebensjahrzehnt bestimmt, haben Sozialwissenschaftler als sogenannte „Nach-Jugendphase“ (Post-Adoleszenz) bezeichnet. Sie umschreibt eine Entwicklung, die sich durch eine soziale, moralische, geistige und kulturelle Verselbständigung der Jugendlichen auszeichnet, ohne jedoch wirtschaftlich schon auf eigenen Beinen zu stehen. Mit anderen Worten: Der junge Mensch von heute ist früher mündig, als selbständige Person an Konsum und Lebensweise der Gesellschaft aktiv teilzunehmen, während er relativ spät durch eigene Arbeit seinen Unterhalt verdient. Damit schrumpft die Zeit des im Elternhaus wohlbehüteten Heranwachsenden erheblich zusammen. Die Lösung und Abnabelung vom Elternhaus, die mit dem Eintritt in die „Nach-Jugendphase“ verbunden ist, bedeutet für den einzelnen zunächst ein Fallen aus allen sinnvollen, vertrauten Bezügen; Anonymität und Unverbundenheit werden zum erstenmal physisch erfahren und müssen bewältigt werden. Es fehlt das Gefühl der Bestätigung und der verantwortlichen Betätigung.

All diese Gefühle finden sich dann eher zufällig in einer gemeinsamen Aktion *gegen* etwas wieder (gegen die Kürzung von Ausbildungsbeihilfen, gegen eine Erhöhung der Fahrpreise für öffentliche Verkehrsmittel, gegen eine Erhöhung der Mensa-Preise, gegen die als ungerecht empfundenen Bestimmungen eines Hochschulgesetzes etc.). In einer solchen, von zunächst nur formaler Übereinstimmung gekennzeichneten Gemeinschaft werden jene Gefühle der Zusammengehörigkeit, der Kameradschaft, ja: der „verschworenen Gemeinschaft“ und der Soliarität wieder erlebt. Erst in einem derartigen, vielleicht nur äußerlichen Auflehnungsprozeß entstehen Gemeinschaftsgefühle; erst die gemeinsame Betroffenheit erzeugt Solidarität. Hier können Engagement und Kreativität freigesetzt, all jene „Sehnsüchte“ artikuliert werden, für die im bürokratisch durchrationalisierten modernen Staat mit seinen Sachzwängen oder an der

Massenuniversität mit ihren Verschulungstendenzen und ihrem Normdenken kein Platz mehr ist. Hier lassen sich Kontaktarmut, Vertrauensbarrieren und Namenlosigkeit abbauen.

Vor diesem Hintergrund gewinnen die Antriebsmomente für Gewaltanwendung schärfere Konturen. Gewalt — so formulierte die nach den Jugendunruhen in Zürich 1980 vom Schweizer Parlament eingesetzte „Eidgenössische Kommission für Jugendfragen“ in ihren „Thesen zu den Jugendunruhen 1980“ — gegen außen sei auch „eine irgendwie noch auf Kommunikation ausgerichtete Folge der ... Isolation“<sup>21)</sup>.

Hinzu tritt für den einzelnen Jugendlichen eine weitere subjektive Erfahrung: Der angebliche Pluralismus unserer Gesellschaft mit seinem Leitwert „Toleranz“ ist weitgehend ausgehöhlt. In den meisten für jeden konkret erfahrbaren Lebensbereichen (Rechtsordnung, Wirtschaft, Sozialordnung) wird der Spielraum für individuelle Entfaltung kleiner, das Netz staatlicher Kontrolle dichter. Alles ist zunehmend enger und kleinmaschiger, das „Korsett des Alltags“ spürbar geworden. Fazit für die jüngeren Mitbürger: Die Toleranz ist Schein, der Druck echt. Aus dem pluralistischen Gewährenlassen wurde und wird ein Vernachlässigen — in der Familie, zwischen den Generationen, innerhalb der Gesellschaft allgemein.

Eng mit diesen Beobachtungen und Erfahrungen verknüpft ist das Phänomen der „Angst“, das nicht nur in den Schlagzeilen von Nachrichtenmagazinen, in Funk und Fernsehen einen herausgehobenen Aufmerksamkeitswert gewonnen hat. Demoskopische Klimamessungen vom Juni 1981 erbrachten einen aufschlußreichen Befund<sup>22)</sup>:

Nur 28 Prozent der befragten Bundesbürger haben Vertrauen zu ihren Mitmenschen (1976 waren es 39 Prozent, 1978 34 Prozent). Eine deutliche Angst vor einer nicht mehr beherrschbaren Technik sowie das Gefühl einer zunehmend fremder werdenden Welt stellen weitere Indizien für eine zunehmende „Ohn-

<sup>21)</sup> Auszüge sind abgedruckt in: DIE ZEIT, Nr. 8, vom 13. Februar 1981, S. 64.

<sup>22)</sup> Edgar Piel (Allensbach), Gibt es eine Ideologie der Angst? in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 205, vom 5. September 1981, S. 10. — Von einem „rituellen Gebot“ der Angst in der Friedensbewegung spricht zutreffend Gerhard Wettig in seiner allerdings wenig aussagekräftigen Kurzstudie: Die Friedensbewegung der beginnenden 80er Jahre. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, Nr. 9/1982, S. 14.

machtserfahrung" dar. Die Folge: Man rückt dichter zusammen; was *nicht* zum unmittelbaren Erfahrungsbereich gehört, wirkt bedrohlich (Atom- und Neutronenwaffen, Kernkraftwerke etc.). Der Rückzug in den privaten, vertrauten, überschaubaren Bereich erscheint als logische Konsequenz dieser „Fremdheitserfahrung“. Sie erzeugt jene verschwommene Angst, die permanent auf Stichworte lauert, welche dann meist von den Medien geliefert werden. „Angst zu haben“ ist für viele Jugendliche und für große Teile der Friedensbewegung zum Erkennungszeichen, zum Ausweis einer besonderen Sensibilität, ja menschlichen Qualität geworden. Der Kirchentag in Hamburg vom Juni 1981 und die Bonner Massendemonstration gegen neue Atomraketen auf deutschem Boden vom 10. Oktober 1981 haben diese Beobachtung eindringlich vermittelt.

Allerdings tut sich hier ein auf den ersten Blick erstaunlicher, durch persönliche Eindrücke und Umfrageergebnis untermauerter Widerspruch auf: Jugendliche und Erwachsene gleichermaßen fürchten sich *nicht* in dem Ausmaß, wie sie sich angesichts ihrer Gefährdung durch die angehäuften Atomwaffenlager eigentlich fürchten müßten. Das Motiv hierfür liefert ein Rückgriff auf die stammesgeschichtliche Entwicklung des Menschen: Das Individuum ist von seiner Evolution her darauf eingerichtet, *nur* die akute, unmittelbare, konkret-persönliche Bedrohung zu fürchten, *nicht* hingegen die anonyme, nicht konkret erfahr- oder vorstellbare Gefährdung (beispielsweise durch Kernwaffen und die damit verbundenen militärstrategischen Vorstellungsbilder, Risikokalküle und Schadenserwartungen).

### 3. Antriebsmomente und Inhalte der Jugendunruhen 1980/81

Die für eine Einschätzung der Friedensbewegung wesentliche Fragestellung nach ihrer Entstehungsgeschichte und die sie auslösenden Faktoren und Ereignisse in den sechziger und siebziger Jahren gewinnt erst vor dem Hintergrund einer Untersuchung der Antriebskräfte der Jugendunruhen allgemein deutlichere Konturen.

Eine Auswertung des verfügbaren Datenmaterials läßt auf fünf offenbar ausschlaggebende Ursachen schließen:

— Das Gefühl der Bedrohung der Lebensgrundlagen ist unübersehbar und gipfelt im Empfinden, daß einem „das Wasser bis zum

Halse“ stehe. Auf den engen Zusammenhang zwischen pessimistischer Zukunftserwartung einerseits und parallel dazu steigendem Engagement für Protestbewegungen andererseits wurde bereits verwiesen. Der Protest wird offenbar immer mehr zu einer Art Dauerausdrucksform des besser ausgebildeten Teils der Jugend<sup>23</sup>).

— Das Vertrauen in den Staat und die etablierten Parteien hat, was die ihnen zugetraute Problemlösungsfähigkeit betrifft, erheblich abgenommen<sup>24</sup>):

61 Prozent der bis 21jährigen,

69 Prozent der bis 25jährigen und

64 Prozent der bis 29jährigen

halten die Parteien für *unfähig* zur Problemlösung.

79 Prozent der bis 21jährigen,

86 Prozent der bis 25jährigen und

77 Prozent der bis 29jährigen

vertreten die Ansicht, Politiker wüßten nicht mehr, was die Leute denken (deutlicher läßt sich „Bürgerferne“ nicht mehr dokumentieren!).

— Für den überwiegenden Teil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die das Scheitern der Studentenbewegung von 1968 noch miterlebt haben, ist der sogenannte Marsch durch die Institutionen und damit die angestrebte gesellschaftliche Erneuerung fehlgeschlagen. Deshalb wird der praktischen Entwicklung von alternativen Lebensformen Vorrang eingeräumt. Viele junge Menschen, die sich infolge nur mangelhafter Vertretung ihrer Interessen von Parteien und gesellschaftlichen Verbänden abgewandt haben, „steigen nicht aus“, sondern gar nicht erst ein. Der „Marsch durch die Institutionen“ ist zu einem „Marsch aus den Institutionen“ bzw. in selbstgeschaffene Institutionen geworden, d. h. zum Weg in eine von der übrigen Gesellschaft weitgehend abgeschlossene und unabhängige Alternativszene. Was die Jugendlichen vorfänden — so die Shell-Studie „Jugend '81“ —, diene lediglich als Baumaterial für eine Nebengesellschaft. Diese Tendenz zur „Selbstausschließung“ oder „Selbstaussgrenzung“ von Teilen der jungen Generation vollzieht sich nach soziologischen Erkenntnissen vor allem in vier Formen: in Apathie, in subkultureller Get-

<sup>23</sup>) Shell-Studie „Jugend '81“, Band 1, a. a. O., S. 15ff.

<sup>24</sup>) EMNID-Umfrage vom Oktober 1981, a. a. O., in: DER SPIEGEL, Nr. 50/1981, S. 97.

tobildung (wie in Berlin), in der Flucht in (Jugend-)Sekten sowie in der bewaffneten Form der Selbstausschließung, dem Terrorismus.

— Die zahlreichen „Mißerfolgserlebnisse“ und „Ohnmachtserfahrungen“, die in der Regel jene Teile der jungen Generation hinter sich haben, die Gewalt als politisches Mittel nicht ausschließen, haben bei vielen zu der Erkenntnis geführt, man könne „mit dem Staat“ nicht mehr reden oder verhandeln. Frustration wird somit zum (vorerst inneren) Widerstand.

— Schließlich wird die „Aktion“ zum letzten Mittel gegen die erfahrene „strukturelle Gewalt“ des „Systems“, d. h. gegen die versteinerten, zur Veränderung unfähigen, übermächtig organisierten Institutionen (der von der „kriti-

schen Friedensforschung“ geprägte Begriff der „strukturellen Gewalt“ soll hier verstanden werden als die im politischen und sozialen System gleichsam eingebauten Ungerechtigkeiten wie Arbeitslosigkeit, Behandlung von sozialen Randgruppen, fehlende Chancengleichheit etc.).

Das „Nicht-kampflos-Beigeben“ und „Sich-durchsetzen-Wollen“ gegenüber dem reformunfähigen Staat hat, wie Untersuchungen gezeigt haben, einen hohen Stellenwert für die zum Widerstand Entschlossenen und bildet einen wichtigen Bezugspunkt in der Herausbildung einer eigenen Identität (biographische Studien extremistischer Karrieren scheinen dies zu bestätigen)<sup>25</sup>).

## II. Wichtige politische und soziale Bestimmungsfaktoren für das Aufkommen der „Friedensbewegung“ Ende der siebziger Jahre

Nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland wuchs erst etwa ab Mitte der siebziger Jahre langsam aber stetig das Interesse an den Grundlagen westlicher Sicherheitspolitik, die letztlich — und dies wurde nun zusehends auch einer breiteren Öffentlichkeit bewußt — auf der Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen beruht (es wird häufig übersehen, daß dieser Bewußtwerdungsprozeß vor allem die Folge einer Verdrängung und Ablenkung von der atomaren Gefahr in den sechziger Jahren war). Die Motive für diesen Bedeutungswandel sind vielfältig, weisen aber alle einen gemeinsamen Kern auf: Die grundlegende und zunächst widersprüchlich anmutende Erfahrung, daß steigende Leistungen des Wohlfahrtsstaates offenbar nicht mit zunehmender, sondern sinkender Zufriedenheit seiner Bürger einhergingen, bildete einen wesentlichen Beweggrund für immer pessimistischere Betrachtungen der Wirklichkeit, der eigenen Sicherheit und der Zukunft. Die Leistungsfähigkeit von Politik allgemein, ihre Verselbständigung und ihre Grenzen wurden zusehends offener<sup>26</sup>).

Im Westen begann sich parallel dazu eine wachsende Skepsis über die erreichten Resultate der Entspannungspolitik und Rüstungskontrollverhandlungen durchzusetzen. Das militärische Eingreifen der Sowjetunion mittels Hilfstruppen in Afrika 1975/76, das für die Vereinigten Staaten bestürzende Ende des Vietnamkrieges im April 1975 und die ungebremste Aufrüstung der UdSSR auf allen Gebieten ließen die Kritik an einer Fortsetzung des Ost-West-Entspannungsprozesses (vor allem in den USA) unüberhörbar werden<sup>27</sup>). In den westlichen Gesellschaften machten sich parallel dazu Zukunftsängste breit; Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit färbten das Bild von der Wirklichkeit düster. Ein ausgeprägteres Umweltbewußtsein breitete sich mit und durch die rasch anschwellende Antikernkraftbewegung aus: der Reaktorunfall in Harrisburg (USA) und die deutschen Orte Wyl, Gorleben und Brokdorf wurden zu Symbolen für das Gefühl des Ausgeliefertseins an eine nicht mehr beherrschbare Technik.

Ein weiterer, damit eng zusammenhängender Anlaß für Zukunftspessimismus und Skepsis gerade der jungen Generation jener Zeit lag in der fortschreitenden Schrumpfung der Glaubwürdigkeit der SPD (und FDP) in deren „klassischen“ Politikbereichen Friedenssicherung,

<sup>25</sup>) Jugend in der Bundesrepublik heute, a. a. O., S. 33.

<sup>26</sup>) Vgl. hierzu Niklas Luhmann, Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat, München 1981; Helmut Klages, Überlasteter Staat — verdrossene Bürger? Zu den Dissonanzen der Wohlfahrtsgesellschaft, Frankfurt a. M. 1981, und Karl Otto Hondrich, Sie wollen etwas leisten, in: DIE ZEIT, Nr. 11, vom 12. März 1982, S. 16.

<sup>27</sup>) Siehe dazu Günther Schmid, Détente: Entspannung oder Spannungsverminderung?, in: Europäische Wehrkunde, München, XXX. Jahrgang, Heft 7, Juli 1981, S. 289—294.

Entspannung und soziale Erneuerung. Der aus dem Blickwinkel großer Teile der sozialliberalen Wählerschaft und Sympathisanten immer unübersehbarer zu Tage tretende Zwiespalt zwischen Fortschrittsversprechen und Zukunftsperspektiven einerseits und der Wirklichkeit andererseits wurde für viele junge Menschen erstmalig im Alltag erfahrbar. Die Erfahrung, wie weit Versprechen, parteipolitische Programmatik und Realität auseinanderklafften, wie hoch die gesellschaftlichen und die Umwelt belastenden Kosten der „Wohlstandsproduktion“ geworden sind, hat das Politikverständnis der jungen kritischen Generation nachhaltig geprägt.

Ebenso wichtig erscheint eine davon nicht zu trennende Beobachtung, die bisher auf nur geringe Aufmerksamkeit gestoßen ist: Alle ein bis zwei Jahrzehnte werden sich immer neue Jahrgänge von Jugendlichen und jungen Erwachsenen schlagartig des Umstandes bewußt, daß die Grundlagen der Sicherheit des eigenen Landes letztlich auf der Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen beruhen. Die „innere“ Verarbeitung dieses Erkenntnisprozesses hinterläßt fast zwangsläufig „Spuren“ und wurde bisher immer noch mit Verdrängung bewältigt. Um die Jahreswende 1979/80 trugen dann vornehmlich drei Ereignisse zur Ausbreitung einer wachsenden Kriegsfurcht

und zu sich verstärkenden Bedrohtheitswahrnehmungen bei. Die plötzlich gewahrwerdende Erfahrung, sich nach Jahren der Entspannung auf einmal in einer spannungsgeladenen internationalen Situation wiederzufinden, wurde durch die Revolution und Geiselnahme im Iran, die sowjetische Besetzung Afghanistans und die Ankündigung eines gewaltigen Aufrüstungsprogramms durch den neuen US-Präsidenten Reagan, das ohne den häufig ausgeblendeten inneramerikanischen psychologischen Zusammenhang unverstündlich bleiben muß, ausgelöst. Die Ereignisse in und um Polen heizten ab Mitte 1980 die internationale Krisensituation noch weiter an.

Erst mit dem NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 (der damals mangels zusätzlicher Informationen noch kaum auf eine breite öffentliche Resonanz stieß) und seinen auslösenden Wirkungen auf die sich etwa ab Mitte 1981 herausbildende „Friedensbewegung“ wurde dann die Sicherheitspolitik seit den fünfziger Jahren wieder zum beherrschenden, alles andere in den Hintergrund drängenden Thema. Kein außen- und sicherheitspolitischer Themenbereich hat seitdem die politische Szenerie der Bundesrepublik mehr verändert, die öffentliche und veröffentlichte Meinung tiefer gespalten als der Brüsseler „Nachrüstungsbeschluß“.

### III. Die Grobstruktur der „Friedensbewegung“

Trotz des unübersichtlichen, häufig uneinheitlichen und aus den unterschiedlichsten Quellen gespeisten Erscheinungsbildes, das diese Protestbewegung in der Öffentlichkeit von sich vermittelt, und der schon beschriebenen Schwierigkeit bei der Ermittlung jener Gruppierungen und Einzelpersonen, die sich mit ihr identifizieren, lassen sich in ihrer Zusammensetzung *drei* große Gruppen erkennen, die allerdings untereinander nicht immer klar abgrenzbar sind:

- die Linken
- die Christen
- die Alternativen.

Innerhalb der gesamten Friedensbewegung wie innerhalb ihres linken Flügels bilden die moskautreuen Kommunisten (die DKP und ihre Nebenorganisationen wie die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ — SDAJ — und der „Marxistische Studentenbund Sparta-

kus“ — MSB —) die größte geschlossene und aktivste Gruppierung.

Politisch dürfte das Gewicht des linken Zweigs der Bewegung insgesamt erheblich sein, da er unmittelbar in die Bonner Regierungsparteien hineinwirkt. Dies betrifft vor allem Mitglieder von SPD und FDP, Jungsozialisten und Jungdemokraten, viele Gewerkschafter sowie die DGB-Jugend (mit insgesamt über 1,4 Millionen Mitglieder die größte deutsche Jugendorganisation).

Zum linken Spektrum gehören weiterhin Kriegsdienstverweigerer (seit 1974 organisiert in der „Deutschen Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner“, DFG-VK), die der SPD nahestehende „Sozialistische Jugend Deutschlands — Die Falken“, die Naturfreundejugend Deutschlands, ferner von der DKP beeinflusste Organisationen wie die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)“, die 1960 ge-

gründete „Deutsche Friedens-Union (DFU)“ und das 1974 als „wichtiges Organ zur Koordinierung der kommunistischen Abrüstungskampagne“ (so der Verfassungsschutzbericht 1980 der Bundesregierung) ins Leben gerufene Kölner „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ)“. Alle drei „beeinflussten Organisationen“ unterstützten neben anderen orthodox-kommunistischen Gruppierungen die Unterschriftenaktion für den sogenannten Krefelder Appell vom November 1980 (dem Aufruf zur Bonner Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981 haben sich 760 überwiegend demokratische Gruppen, daneben etwa 80 der „alten“ und „neuen“ Linken angeschlossen<sup>28)</sup>).

Die konfessionelle Hauptgruppierung der Friedensbewegung, die Christen, läßt sich als die engagierteste pazifistische Fraktion charakterisieren. Ihre wichtigsten Grundsätze (Gewaltfreiheit, ziviler Ungehorsam) haben auch die beiden anderen Lager der Bewegung beeinflußt.

Auf protestantischer Seite haben sich vier Initiativen gebildet:

— „Christen für die Abrüstung“ (gegründet 1976 von Pastor Konrad Lübbert, Uetersen, dem Vorsitzenden des „Versöhnungsbundes e. V.“, eines von insgesamt 15 Mitgliedern der „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e. V.“, AGDF).

— „Ohne Rüstung leben“ (ins Leben gerufen 1978 in Stuttgart von Pfarrern und Laien vorwiegend aus dem südwestdeutschen Raum).

— „Sicherung des Friedens“ (eine auf militärischer Friedenssicherung basierende Gegenbewegung zur vorstehenden Aktion, initiiert im Juli 1980 von dem Pfarrer und Journalisten Eberhard Stammler, Stuttgart, und dem gleichnamigen Arbeitskreis, dem u. a. der Strategieforscher Wolf Graf von Baudissin und der Politikwissenschaftler Kurt Sontheimer angehören).

<sup>28)</sup> So der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, von Schoeler, in seiner schriftlichen Antwort auf eine Parlamentarische Anfrage eines CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten vom 1. Oktober 1981, in: Innere Sicherheit, Nr. 60/1981, a. a. O., S. 20.

— „Frieden schaffen ohne Waffen“ (unter diesem Motto im November 1980 und 1981 durchgeführte Friedenswochen, veranstaltet von der 1958 gegründeten „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienst e. V.“ und der aus 14 weiteren Mitgliedern bestehenden „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e. V.“).

Katholische Christen haben sich in der 1944 in Frankreich gegründeten Weltfriedensbewegung „Pax Christi“ organisiert und beteiligen sich vor allem mit ihrer ausführlichen Plattform „Abrüstung und Sicherheit“ vom November 1980 aktiv an der Arbeit der Friedensbewegung nicht nur in der Bundesrepublik.

Auch der „Bund der Deutschen Katholischen Jugend“ (650 000 Mitglieder) hat sich mit einem Positionspapier über „Frieden und Gerechtigkeit“ vom Mai 1981 an die Öffentlichkeit gewandt.

Eine überkonfessionelle Arbeitsgruppe „Schritte zur Abrüstung“, der zehn Friedensforscher, Journalisten und Geistliche angehören, schaltete sich im Mai 1981 mit einem detaillierten, aus drei ausgewählten Schritten bestehenden Abrüstungsvorschlag in die Diskussion ein und griff dabei Grundgedanken der „Pax Christi“-Plattform auf. Ziel der Gruppenarbeit ist es, einen Handlungskonsens zwischen den verschiedenen kirchlichen Abrüstungsinitiativen zu ermöglichen.

Die dritte Säule der Friedensbewegung bilden die sogenannten „Alternativen“. Trotz der vielfältigen Strömungen innerhalb dieser Gruppierung verstehen sie sich als Gruppierung, die sich Freiräume in bzw. „neben“ der Gesellschaft erkämpft hat und aus dem Bewußtsein moralischer Überlegenheit ihre radikale Konsum- und Fortschrittskritik vorträgt sowie eigene alternative Lebensentwürfe praktiziert. Dieser Kategorie lassen sich landes- und bundesweit „Die Grünen“, der „Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz“ (BBU), die „Alternativen (bzw. Bunten) Listen“ sowie Arbeitsgemeinschaften, Aktionskomitees und Initiativen zuordnen, die sich vor allem mit der Dritten Welt, mit der Abschaffung der Kernenergie und mit Umweltfragen beschäftigen. Hinzu kommen u. a. noch Vertreter der Frauenbewegung („Frauen für den Frieden“) und der Landkommunen-Bewegung.

#### IV. Einige wesentliche Charakteristika der „Friedensbewegung“

Viele Erscheinungsmerkmale der Jugendprotestwelle belegen, daß es sich bei den Problemen, die von Jugendlichen aufgegriffen und diskutiert werden, nicht um spezielle Jugendprobleme, sondern um Probleme handelt, vor die sich die gesamte Gesellschaft gestellt sieht. Die Grenzen des Wachstums, Arbeitslosigkeit, die Entwicklung in den Städten, aber auch die Existenzfragen nach Friedenserhaltung, Sicherheit und Abrüstung stellen heute nicht nur gesamtgesellschaftliche Grundinhalte der öffentlichen Diskussion dar, sondern bilden Anlässe einer konkret erfahrbaren Betroffenheit jedes einzelnen. Deshalb erscheint es auch verständlich, warum die Fülle von Aktivitäten, die unter dem Sammelbegriff „Friedensbewegung“ zusammengefaßt werden, ihren Ausgang nicht an den Hochschulen (wie 1968) nahmen, sondern vorwiegend in der Alternativszene, in kirchlichen und politisch-sozialen Gruppierungen, die einen erheblichen Teil der Bevölkerung repräsentieren.

Als wichtige Stichwortgeber, Multiplikatoren und eher fachlich-konzeptionelle Berater spielen „kritische“ Friedens- und Strategieforscher (wie der Starnberger Friedensforscher und ehemalige Stabsoffizier der Bundeswehr, Alfred Mechtersheimer, auf den sich fast alle Teile der Bewegung berufen) eine wesentliche Rolle. Für sie ist der politische Einfluß und die Ausstrahlung der Atomwaffengegner eine Grundvoraussetzung, gleichsam ein Vehikel für die Entstehung und Fortführung einer breiten öffentlichen Diskussion alternativer Sicherheitsmodelle, die bisher nur in Universitätsseminaren und abgeschlossenen Expertenzirkeln debattiert wurden.

Welche typischen Wesensmerkmale zeichnen nun die Friedensbewegung insgesamt aus?

Vor dem Hintergrund des bereits Gesagten fallen insbesondere sechs Kennzeichen auf:

a) Einmal das offene Bekenntnis zur *Angst* als besonderes Privileg, als Ausdruck einer herausgehobenen menschlichen Qualität und Sensibilität, die Bewußtmachung und emotionale Artikulierung der eigenen Zwänge, „Angst haben“ als Symptom für ein noch funktionierendes Menschsein, als persönlicher „Selbstreinigungsprozeß“ inmitten einer den Problemen der Außenwelt stumpf und teilnahmslos gegenüberstehenden, angepaßten Gesellschaft. Daß sich der darin zum Ausdruck kommende moralische Absolutheitsanspruch in Diskussionen mit Vertretern herkömmli-

cher Auffassungen häufig als Intoleranz zu erkennen gibt, ist kein Widerspruch, sondern die logische Konsequenz des radikal ethischen Antriebes, der eine grundsätzlich andere Politik fordert, in welcher „Sachzwänge“ nicht akzeptiert werden und der Mensch als Subjekt im Mittelpunkt zu stehen habe.

b) Charakteristisch für die Bewegung und ihr Selbstverständnis ist auch der bewußte *Ein-satz der Emotion*, des Gefühls, gleichsam als „Waffe“ gegen die „technokratische Rationalität“ der herrschenden Militärs, Sicherheitspolitiker und deren Bürokratien. (Sicherheits-) Politik allgemein gilt als bloßgestellt, ihre rationale Logik wird abgelehnt, weil sie die Erde ruiniere (Umweltkatastrophen, Rohstoffausbeutung, Verelendung, Aufrüstung) und Kriegsverhütung zu versagen drohe. Rationale Kalküle könnten letztlich nicht funktionieren, politische Denkkategorien seien deshalb untauglich.

Der Pädagoge Bernhard Sutor hat die tiefe Skepsis gegenüber verteidigungspolitischen Rechtfertigungen auf eine einprägsame Formel gebracht: „Wenn man liest, wie ein instrumentelles Denken Overkillkapazitäten berechnet, Zielplanungen zur Installation von Atomraketen vornimmt und in Denkspielen die Steigerungsstufen eines atomaren Krieges simuliert, dann packt einen das Grauen. Wer darüber nachdenkt, soll dies aushalten oder gar rational bewältigen und sich damit abfinden?“<sup>29)</sup> (Allerdings hat sich innerhalb der Friedensbewegung eine deutlich erkennbare „Gegenexpertokratie“ herausgebildet, die ebenfalls fast ausschließlich militärstrategisch argumentiert und sich damit auf das gleiche Feld fragwürdiger und letztlich unpolitischer „technischer Beweisführung“ begibt wie die praktische Sicherheitspolitik<sup>30)</sup>).

c) Typisch für die Bewegung ist ferner die *Spontanität* vieler ihrer Aktivitäten, die frei-

<sup>29)</sup> Bernhard Sutor, Internationale Politik und Friedenssicherung als Problem politischer Bildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/82, vom 6. Februar 1982, S. 15.

<sup>30)</sup> Als idealtypisches Beispiel für diese Kategorie kann vor allem der Hamburger Friedensforscher Dieter S. Lutz gelten, der seinen in der Öffentlichkeit auf viel Resonanz gestoßenen und den regierungsamtlichen Daten widersprechenden Ost-West-Vergleich der „Nuklearkräfte in und für Europa“ seit 1979 in immer neuen Variationen vorlegt — zum vorläufig letztenmal unter dem Titel: Weltkrieg wider Willen? Die Nuklearwaffen in und für Europa, Reinbek 1981.

willig und aus eigenem inneren Antrieb entstehen. Aktionen sind nicht das Ergebnis langer theoretischer und ideologischer Diskussionen, die in zentral gelenkten gemeinsamen Organen geführt werden, sondern entspringen eher subjektiven, individualistischen Antrieben und Erfahrungen.

d) Ein weiteres Wesensmerkmal verdient ebenso Aufmerksamkeit: Von Politikern und Parteien erheblich unterschätzt wird die moralisch motivierte Bereitschaft und Entschlossenheit des weitaus größten Teils der Bewegung, mit *allen* gewaltfreien Mitteln gegen die Stationierung neuer Atomwaffen auf deutschem Boden und die entsprechenden Vorbereitungen vorzugehen. Vor allem konfessionelle Gruppen wie die „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste“ lassen an ihrer Absicht, *alle* friedlichen Mittel der Ver- und Behinderung, des zivilen Ungehorsams und der systematischen Verweigerung auszuschöpfen, keinen Zweifel (ein bereits in einer Auflage von über 40000 Exemplaren erschienenes „Aktionshandbuch“ dokumentiert dies anschaulich<sup>31)</sup>). Vermutlich werden von den politisch Verantwortlichen auch Umfang und Auswirkungen des gesamten herangewachsenen Protestpotentials unterschätzt: Allein 10 bis 15 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zählen zur alternativen Szene, d. h. stellen ein nicht integrierbares, alternatives Spektrum dar; bei den Hochschülern liegt der Anteil der Alternativkultur-Studenten bei 11,9 Prozent. Das Wählerpotential der „Grünen“ wird sogar auf 15 bis 20 Prozent geschätzt<sup>32)</sup>.

e) Das fünfte Charakteristikum besteht in der ausgeprägten Skepsis großer Teile der Friedensbewegung vor der sogenannten „Integrationsfalle“, in die die Studentenbewegung von 1968 mit ihrem „Marsch durch die Institutionen“ geraten sei. Die Befürchtung, wie damals die Außerparlamentarische Opposition von den etablierten Parteien erneut in „soziale

Kontrolle“ genommen, d. h. in überkommene Willensbildungsstrukturen eingepaßt zu werden und damit an entscheidender Ausstrahlungswirkung und Dynamik zu verlieren, läßt sich fast beliebig oft nachweisen. Nachdem der „Marsch durch die Institutionen“ gescheitert ist, hat der *Marsch in selbst geschaffene, überschaubare Lebensbereiche* Vorrang. Der Wunsch, „unter sich“ zu bleiben, eigene Identität durch Rückgriff auf einen „begrenzten“ Erfahrungsbereich zu gewinnen, ist das Leitmotiv, *nicht* eine Wiederbelebung der nationalen Frage!

f) Schließlich zeichnet sich die Friedensbewegung durch ein weiteres Charakteristikum aus: Sie stellt, wie gezeigt wurde, *keine* isolierte Minderheit dar, sie ist *keine* politische Eintagsfliege. Ihr Gedankengut, Selbstverständnis und Teile ihrer Lebenspraxis finden sich bei einer wachsenden Zahl von Bundesbürgern wieder. Schon der erneut aufgebrochene Ost-West-Konflikt sorgt dafür, daß der Streit um Frieden, Verteidigung und Rüstung auf der Tagesordnung bleibt und die entfachte Diskussion kaum verstummen dürfte. Das „Überlebenwollen“ und „Lebenkönnen“ als subjektiv wahrgenommene absolute Werte gerade für junge Menschen akzeptiert keine verteidigungspolitischen Begründungen und wischt jede nur militärstrategische Rechtfertigung beiseite. Widerstand gegen die traditionelle Sicherheitspolitik, Opposition gegen Atomwaffen und Zweifel an der nuklearen Abschreckung werden schon heute in weit größerem Ausmaß geteilt und selbst empfunden als noch vor einem Jahrzehnt.

Zweifel sind angebracht, ob die Parteien diese Herausforderung und ihre weitreichenden politischen wie psychologischen Auswirkungen bisher voll erkannt haben, geschweige denn die Problemsicht der jüngeren Generation, die in der „Friedensbewegung“ zum Ausdruck kommt, nachvollziehen können. Eine auf Glaubwürdigkeit und Vertrauen beruhende, offen und engagiert geführte Sachdiskussion, die praktische, überzeugende Lösungsmöglichkeiten anbietet, ist zumindest im Augenblick nicht einmal in Ansätzen erkennbar. Taktische parteipolitische Manöver und Verdrängungsprozesse sind nach allen Erfahrungen keine hilfreichen Maßnahmen gegen Skepsis, Mißtrauen und tiefgreifende Entfremdung. Die gegenwärtige Situation verlangt zwingend die Entwicklung einer gemeinsamen politischen Perspektive von Friedensbewegung einerseits und praktischer Friedenspolitik andererseits.

<sup>31)</sup> Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (Hrsg.), *Frieden schaffen ohne Waffen*, Aktionshandbuch 2, Bornheim-Merten 1981.

<sup>32)</sup> Angaben aus: *Zur alternativen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland*, a. a. O., S. 10 ff; *Jugend in der Bundesrepublik heute*, a. a. O., S. 6—7. Erhard Eppler bezifferte im SPIEGEL — als Quelle nannte er Umfrageergebnisse, die dem SPD-Parteivorstand vorliegen — das mögliche Wählerpotential der „Grünen“ auf 15—20 % (DER SPIEGEL, Nr. 51, vom 14. Dezember 1971, S. 25). SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz hatte zuvor in einem SPIEGEL-Essay die gleiche Quote genannt („Partei oder Kreuzzug“, in: DER SPIEGEL, Nr. 50, vom 7. Dezember 1981, S. 106—107).

## **Wilfried von Bredow: Zusammensetzung und Ziele der Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24/82, S. 3—13

Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland, die seit den Debatten über die Neutronenwaffe in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre und dem NATO-Doppelbeschluss vom Jahresende 1979 neuen Auftrieb bekommen hat, besitzt eine bis in die Gründungszeit der Bundesrepublik zurückreichende Tradition. Die heftigen Auseinandersetzungen um die Wiederbewaffnung, später um die Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen und die Ostermarschbewegung bilden die Wellenkämme einer zyklisch ins Licht tretenden Opposition. Sie wird auch durch personale Kontinuität von Führungsfiguren (z. B. Martin Niemöller) und durch thematische Kontinuität (z. B. die Verbindung der Sicherheitsfrage mit der nationalen Frage) gekennzeichnet.

Die neue Friedensbewegung ist aber zugleich breiter angelegt und heterogener als ihre Vorgängerinnen. In ihr verbinden sich lose herkömmliche pazifistische Strömungen (mit einem starken protestantischen Vorzeichen) mit undogmatisch-sozialistischen, ökologisch orientierten und kommunistischen Vorstellungen. Neu ist auch die Intensität der internationalen Kontakte der westeuropäischen Friedensbewegungen.

Die in- und ausländische Resonanz auf die Friedensbewegung ist zwiespältig und bestätigt in der Regel nicht das Selbstbild ihrer Repräsentanten, wonach die Friedensbewegung eine rationale Alternative zur Sicherheitspolitik der westlichen Regierungen vorzuweisen habe. Als Indikator für künftige Umschwünge der Politik der Bundesrepublik Deutschland kann man die Friedensbewegung nicht ansehen. Indes könnte sie, durchaus gegen die Absichten vieler ihrer Anführer, unter ungünstigen Bedingungen Kristallisationspunkte für einen gesamtdeutschen Neonationalismus mit antiwestlichen Akzenten schaffen. Eine Versachlichung der sicherheitspolitischen Diskussion durch Beiträge auch aus der Friedensbewegung wäre demgegenüber eine wünschbare Perspektive.

## **Günther Schmid: Zur Soziologie der Friedensbewegung und des Jugendprotestes. Strukturmerkmale — Inhalte — Folgewirkungen**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24/82, S. 15—30

Die Entstehung und rasche Ausbreitung einer sogenannten „Friedensbewegung“ wird vor dem Hintergrund dreier durchaus parallel laufender Entwicklungen bzw. Ereignisse verständlicher: Das allgemeine Protestverhalten der Jugend (insbesondere ausgelöst durch tiefgreifende Veränderungen in der erfahrenen Lebenswelt der jungen Generation und deren Auswirkungen auf die subjektive Situation der Jugendlichen und jungen Erwachsenen), der plötzliche Wandel von einer Phase der politischen und militärischen Entspannung zu einer Situation der sich krisenhaft zuspitzenden Ost-West-Spannung und Aufrüstung (Afghanistan, amerikanische Aufrüstungspolitik, Polen) sowie der umstrittene NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979 haben nicht nur in der jungen Generation das Bewußtsein kaum mehr beeinflussbarer politischer Entscheidungen, militärtechnischer Zwangsläufigkeiten und gemeinsamer Betroffenheit geschärft und bilden den wohl wichtigsten Impuls für das Anwachsen einer sehr heterogenen „Friedensbewegung“. Diese echte Basisbewegung zeichnet sich organisatorisch-strukturell wie programmatisch durch ein vielfältiges Spektrum von Strömungen und alternativen konzeptionellen Vorstellungen aus (kleinster gemeinsamer Nenner: zunächst Ablehnung der „Nachrüstung“ mit allen gewaltlosen Mitteln und der Tendenz, eine atomwaffenfreie Zone in Europa anzustreben).

Demoskopische Erhebungen vermitteln ein aufschlußreiches und differenziertes Bild von einem typischen Anhänger der Friedensbewegung, der in der Regel unter 36 Jahre alt ist (bei den bis 25jährigen Jugendlichen ist generell die Politikverdrossenheit am größten, das Interessengebiet „Abrüstung und Frieden“ aber das wichtigste politische Thema), eine höhere Schulbildung aufweist, über eine eher „postmaterialistische Einstellung“ verfügt, zu Formen unkonventionellen sozialen Verhaltens neigt und — so 74 % aller Befragten — jede Form von Gewalt ablehnt. Allerdings bilden lediglich 9 % der Bundesbürger das aktive Handlungspotential der Bewegung, 39 % qualifizieren sich als passive Befürworter.

Drei große Gruppierungen lassen sich in der Zusammensetzung der Friedensbewegung identifizieren: Linke, Christen und Alternative, wobei der linke Zweig (dem nicht nur orthodoxe Kommunisten angehören) politisch unmittelbar in die Bonner Regierungsparteien hineinwirkt.

Wesentliche Erscheinungsmerkmale der Friedensbewegung betreffen vor allem das offene Bekenntnis zu Formen der „Angst“, den Einsatz der Emotionen gleichsam als Waffe gegen die „Sicherheitstechnokratie“, die Spontanität ihrer Aktivitäten, die tiefe Skepsis ihrer Anhänger, erneut wie 1968 in die etablierten politischen Willensbildungsstrukturen eingebunden zu werden, sowie den vermutlich längerfristigen Einfluß der Bewegung auf die offizielle Politik und die öffentliche Meinungsbildung.

Zweifel scheinen allerdings angebracht, ob die politischen Entscheidungsträger in Regierung und Parteien diese Herausforderung bisher voll erkannt und angemessen darauf reagiert haben. Dem nicht wegzudiskutierenden „Sicherheitsdilemma“ des atomaren Zeitalters und seinen Paradoxien können und müssen sich beide Seiten, Friedensbewegung und praktische Friedenspolitik, mit durchaus unterschiedlichen Schwerpunkten stellen.